

IPW Selected Student Paper 67, November 2018

Sabrina Wiesen

Ein Vergleich zwischen Korea und Deutschland

Parallelen der Teilungssituation als Indiz für eine mögliche
Wiedervereinigung Koreas

Sabrina Wiesen

Ein Vergleich zwischen Korea und Deutschland. Parallelen der Teilungssituation
als Indiz für eine mögliche Wiedervereinigung Koreas.

IPW Selected Student Paper 67, November 2018

Institut für Politische Wissenschaft

RWTH Aachen University

Mies-van-der-Rohe-Str. 10 | 52074 Aachen

IPW Selected Student Papers

ISSN 1862-8117

Titelbild: IPW, Jan Hendrik Borggreven



Dieses Werk ist lizenziert unter einer
Creative Commons Namensnennung 3.0 Deutschland Lizenz.

In der Reihe IPW Selected Student Papers veröffentlicht das Institut für
Politische Wissenschaft herausragende Arbeiten von Studierenden des
Bachelorstudiengangs Gesellschaftswissenschaften, des Masterstudiengangs
Politikwissenschaft sowie der politikwissenschaftlichen Lehramtsstudiengänge.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Historischer Kontext.....	4
2.1 Korea	4
2.2 Deutschland.....	6
3. Betrachtung möglicher Parallelen	8
3.1 Vergleich der Teilungsursachen.....	8
3.1.1 Teilungsursachen Korea	8
3.1.2 Teilungsursachen Deutschland.....	9
3.1.3 Bewertung der Teilungsursachen	9
3.2 Sozio-ökonomischer und demographischer Vergleich.....	10
3.2.1 Korea	10
3.2.2 Deutschland.....	13
3.2.3 Bewertung der sozio-ökonomischen und demographischen Gegebenheiten	15
3.3 Vergleich der Beziehungen zwischen den Teilstaaten	16
3.3.1 Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea.....	17
3.3.2 Beziehungen zwischen DDR und BRD.....	24
3.3.3 Bewertung der Beziehungen.....	29
4. Bewertung der Vergleichbarkeit beider Situationen	32
5. Prognosen für Nord- und Südkorea.....	34
6. Fazit.....	35
7. Literaturverzeichnis.....	39

1. Einleitung

„Korea, as one of the two remaining divided nations in the world produced by the Second World War and the ensuing cold war politics between the United States and the Soviet Union, has continuously attracted the attention of serious political scientists.”¹ Das vorliegende Zitat nimmt Bezug auf die Staaten Deutschland und Korea. Im Gegensatz zu dem seit 1989 wiedervereinten Deutschland, ist Korea nach wie vor in die beiden Teilstaaten Nord- und Südkorea aufgeteilt. Dies wirft die Fragen auf, inwiefern Parallelen zwischen den Teilungssituationen beider Länder bestehen und weshalb bisher allein eine Wiedervereinigung Deutschlands und nicht Koreas möglich wurde. Die Leitfrage dieser Arbeit ist aus diesem Grund: Lässt eine Bewertung der Parallelen der Situationen Gesamtdeutschlands und Gesamtkoreas, mit Fokus auf die Beziehungen zwischen den Teilstaaten, eine Tendenz erkennen, die eine ähnliche Perspektive der Wiedervereinigung für einen gesamtkoreanischen Staat möglich erscheinen lässt? Um eine adäquate Beantwortung der Leitfrage gewährleisten zu können, sollen insbesondere die Beziehungen zwischen den Teilstaaten innerhalb des jeweiligen Gesamtstaates betrachtet werden. Zudem wird sich die Analyse allein auf den Zeitraum bis 2004 konzentrieren. Diese Einschränkungen sind notwendig, da eine zeitlich und schwerpunktmäßig uneingeschränkte Bewertung der Gesamtsituation den Rahmen dieser Arbeit deutlich überschreiten würde.

Der derzeitige Forschungsstand des Themas deckt verschiedene Teilbereiche ab und soll nun exemplarisch dargestellt werden. Dabei ist wichtig anzumerken, dass durch die bestehende Isolation Nordkoreas die Datenlage unvollständig ist. Besonders relevant im Themenbereich Korea sind Rolf Steiniger mit „Der vergessene Krieg“² und Thomas Kern und Patrick Köllner mit „Südkorea und Nordkorea“³. Beim Themenkomplex Deutschland sind die „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“⁴ von Hans-Ulrich Wehler als Grundlagenwerk und „Deutschland 1945-1990“⁵ von Mike Dennis und Johannes-Dieter Steinert wichtig. Unter Berücksichtigung dieser literarischen Hauptwerke kann nicht nur

¹ Lee, Won-Myoung: Zur Frage der Nation und der Wiedervereinigung im geteilten Korea. Ein koreanischer Weg oder die Anwendung der Deutschland-Formel als Modus vivendi?, Seoul 1989, S. v.

² Steiniger, Rolf: Der vergessene Krieg. Korea 1950 - 1953, Rolf Steiniger, München 2006.

³ Kern, Thomas; Köllner, Patrick: Südkorea und Nordkorea. Einführung in Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt/Main 2005.

⁴ Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band. Bundesrepublik und DDR 1949 - 1990, München, 2008.

⁵ Dennis, Mike; Steinert, Johannes-Dieter: Deutschland 1945 - 1990. Von der bedingungslosen Kapitulation zur Vereinigung, Schwalbach/Ts. 2005.

ein Gesamtüberblick des historischen Kontexts, sondern auch Einblicke in Zusammenhänge und deren Ursachen gegeben werden. Im Bereich der Wiedervereinigung nimmt Won-Myoung Lees Buch „Zur Frage der Nation und der Wiedervereinigung im geteilten Korea“⁶ eine zentrale Rolle ein. Des Weiteren wurde die Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung und diverse weitere literarische Werke hinzugezogen, um eine Beantwortung der Leitfrage gewährleisten zu können.

Insbesondere die Tatsache, dass beide koreanischen Teilstaaten eine Vereinigung anstreben und diese Bestrebungen bis heute nicht erreicht wurde, verdeutlicht die Relevanz der Thematik. Eine Wiedervereinigung Koreas würde internationale Entspannung bedeuten. Das Aufzeigen von Parallelen zwischen Korea und Deutschland könnte einen Ausblick darauf geben, ob diese Entspannung bevorstehen könnte.

Die Arbeit ist in vier Kapitel eingeteilt, aus denen abschließend ein Fazit gezogen wird. Im ersten Kapitel soll ein Überblick über den historischen Kontext beider Staaten geliefert werden, um ein grundlegendes Verständnis über die Teilungssituationen zu schaffen. Hierbei wird zunächst Korea, dann Deutschland betrachtet. Im darauffolgenden Kapitel soll, als Hauptteil der Arbeit, anhand verschiedener Aspekte aufgezeigt werden, inwiefern Parallelen zwischen Korea und Deutschland bestehen. Ausgehend von einer Darstellung der Teilungsursachen sollen die Länder sozio-ökonomisch und demographisch verglichen werden. Anschließend soll als letzter Schritt dieses Kapitels der Fokus der Arbeit – der Vergleich der Beziehungen zwischen den Teilstaaten – thematisiert werden. Hierbei erfolgt konstant eine Gegenüberstellung von Korea und Deutschland, um eine abschließende Bewertung ermöglichen zu können. Daraufhin wird im dritten Kapitel die Vergleichbarkeit der Situationen bewertet. Hierfür werden diese miteinander in Verbindung gesetzt, damit herausgefunden werden kann, ob Parallelen vorhanden sind. Dies ist wichtig für die abschließende Beantwortung der Leitfrage im Fazit. Um vor dem Fazit und schließlich der Beantwortung der Leitfrage eine unabhängige Betrachtung Koreas, ohne Vergleich zu Deutschland, zu ermöglichen, sollen verschiedene Prognosen einen informativen Ausblick auf die künftige Entwicklung Koreas geben. Das Fazit wird die Ergebnisse der Arbeit abschließend zusammenfassend darstellen. Im Anschluss daran erfolgt die Beantwortung der Leitfrage. Außerdem soll beantwortet werden, ob Deutschland als Muster für eine Wiedervereinigung dienen kann und wie aussichtsreich eine Wiedervereinigung Koreas zum Zeitpunkt des Jahres 2004 erscheint.

⁶ Lee, Frage.

2. Historischer Kontext

Im Folgenden soll ein kurzer Abriss der geschichtlichen Abläufe in Korea und Deutschland vorgenommen werden. Damit soll ein Verständnis für die Hintergründe der im Hauptteil analysierten Parallelen zwischen den beiden Staaten geschaffen werden. Zuerst wird der für diese Arbeit relevante historische Kontext von Korea, beginnend im Jahr 1910, dargestellt. Daraufhin soll die Lage Deutschlands zu Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 thematisiert werden. Abschließend werden die Parallelen zusammenfassend aufgezeigt.

2.1 Korea

Im Jahre 1910 besetzte Japan Korea.⁷ Die Besetzung Koreas endete mit der Kapitulation Japans im Zweiten Weltkrieg am 2. September 1945. Noch während des Kriegs, am 11. August 1945, bestimmten die USA und die Sowjetunion, dass Korea am 38. Breitengrad aufgeteilt werden sollte, damit die Sowjetunion den nördlichen Teil und die Amerikaner den südlichen Teil des Landes befreien konnten. Diese Teilung wurde am 16. August akzeptiert und besteht seitdem fort.⁸ In den folgenden Jahren erfolgten weitere Verhandlungen zur Wiedervereinigung; diese waren jedoch ohne Erfolg. 1948 fanden in beiden Teilen des Landes Wahlen statt, woraufhin am 15. August in Südkorea die Republik Korea ausgerufen wurde und in Nordkorea am 9. September die Demokratische Volksrepublik Korea. Daraufhin zogen die Truppen der Besatzungsmächte ab.

In diesem Kontext ist es wichtig zu erwähnen, dass 1949 nach dem chinesischen Bürgerkrieg Mao Tse-tung die Volksrepublik China ausrief.⁹ Da China von einer kommunistischen Partei regiert wurde und den Ausgang des Koreakriegs stark beeinflusste, hat der Staat für Korea eine enorme Bedeutung.

Am 9. Februar 1950 sagte Stalin Kim Il Sung, dem nordkoreanischen Führer, seine Unterstützung für einen Angriff auf Südkorea zu. Mit der Unterstützung von China und der Sowjetunion überschritten die nordkoreanischen Truppen am Morgen des 25. Juni 1950 die Demarkationslinie. Dies war der Beginn des Koreakriegs.¹⁰ Noch am selben Tag griffen die Truppen der Vereinten Nationen, seitens Südkoreas, in den Koreakrieg ein, wobei die Amerikaner die meisten Soldaten stellten.¹¹

⁷ Vgl. Steiniger, Krieg, S. 219.

⁸ Vgl. Ebd. und Gupta, Karunakar: How Did the Korean War Begin?, in: The China Quarterly, No. 52, 1972, S. 699 - 716, S. 701.

⁹ Vgl. Steiniger, Krieg, S. 220.

¹⁰ Vgl. Gupta, War, S. 702.

¹¹ Vgl. Steiniger, Krieg, S. 221.

An dieser Stelle muss herausgestellt werden, dass sich die Sowjetunion und die USA gegenüberstanden und man deshalb von einem Stellvertreterkrieg des Kalten Kriegs sprechen kann. Anfang Oktober 1950 überschritten die südkoreanischen und die amerikanischen Truppen den 38. Breitengrad und erreichten Ende November die Grenze zu China.¹² Die Intervention der Chinesen in den Koreakrieg Ende Oktober 1950 markiert eine Wende. Mao, das Staatsoberhaupt Chinas, hatte chinesische ‚Freiwillige‘ mobilisiert, welche die südkoreanischen und amerikanischen Truppen zurückdrängten. Die Chinesen konnten am 4. Januar 1951 Seoul, die Hauptstadt von Südkorea, zurückerobern.¹³ Am 10. Juli 1951 begannen Waffenstillstandsverhandlungen, welche zwei Jahre später, am 27. Juni 1953 endeten. Ausschlaggebend für die Unterzeichnung des Waffenstillstands war der Tod Stalins am 5. März 1953, welcher den Stellvertreterkrieg in Korea zu seinem Vorteil für den Kalten Krieg genutzt hatte.¹⁴

Die nordkoreanische Volksrepublik entwickelte sich zu einer „Familiendynastie“¹⁵ mit Kim Il Sung als ersten Präsidenten. In Südkorea existierte zuerst eine Militärdiktatur, dann eine verdeckte Militärdiktatur und erst 1988 gab es die ersten offizielle Wahlen. Dabei nahm General Roh Tae-woo als erster gewählter Präsident seit 1961 sein Amt an, wodurch Südkorea eine parlamentarische Demokratie wurde.¹⁶

Bis heute fanden viele Gespräche und Treffen im Sinne der Wiedervereinigung statt. Ein wichtiger Schritt zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Nord- und Südkorea war der Eintritt beider Staaten in die Vereinten Nationen 1991.¹⁷ Ein weiteres bedeutendes Ereignis stellte der Tod von Kim Il Sung am 8. Juli 1994 dar. Sein Sohn Kim Jong Il übernahm seine Position, konnte jedoch der gottgleichen Stellung seines Vaters im Land nicht gerecht werden. Unter seiner Führung isolierte sich das Land stark vom Rest der Welt.¹⁸ Der Übergang zwischen Vater und Sohn war dennoch fließend und „Kim Jong-Il has remained in power through famine, flood, economic crisis, nuclear crisis, the loss of two major patrons in Russia and China, and U.S. pressure [...]“¹⁹ Bis heute besteht zwischen Nord- und Südkorea weiterhin nur ein Waffenstillstand, da der Koreakrieg nie

¹² Vgl. Steiniger, Krieg, S. 221.

¹³ Vgl. Ebd., S. 221 f.

¹⁴ Ebd., S. 219 ff.

¹⁵ Vgl. Stöver, Bernd: Geschichte des Koreakriegs. Schlachtfeld der Supermächte und ungelöster Konflikt, München 2013, S. 163.

¹⁶ Vgl. Ebd., S. 169 ff.

¹⁷ Vgl. Steiniger, Krieg, S. 223.

¹⁸ Vgl. Ebd., S. 224.

¹⁹ Kang, David C.: International Relations Theory and the Second Korean War, in: International Studies Quarterly, Vol. 47, 2003, S. 301 - 324, S. 311.

durch einen offiziellen Friedensvertrag beendet wurde.²⁰ Demzufolge gestaltete sich das zwischenstaatliche Verhältnis schwierig. Die enge Beziehung Südkoreas zu den USA besteht weiterhin. „The Republic of Korea and the USA have formed a strong and stable alliance since their struggle against North Korea and China during the Korean War.“²¹ Hierbei schafft Südkoreas geopolitische Lage große Vorteile für die USA und deren Interessen in Asien.²²

2.2 Deutschland

Die historische Darstellung Deutschlands beginnt am 8. Mai 1945 mit der Kapitulation Deutschlands und dem damit verbundenen Ende des Deutschen Reiches sowie dem Ende des Kriegs in Europa.²³ Nach der Kapitulation wurde Deutschland unter den Siegermächten, Frankreich, Großbritannien, USA und der Sowjetunion, aufgeteilt. Im Mai 1949 schlossen sich die Besatzungszonen von Frankreich, Großbritannien und Amerika zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) zusammen. Im Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik (DDR) auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone gegründet.²⁴ „Von Anfang an beruht[e] [die DDR] wie [ihr] sowjetisches Vorbild auf Unterdrückung, Gewalt und Ausbeutung.“²⁵ In der DDR erfolgte eine Umverteilung von Eigentum. Somit war nicht mehr der Privatbesitz die entscheidende Eigentumsform, sondern das Staats- und Genossenschaftseigentum.²⁶ Dies führte zu einem Volksaufstand im Juni 1953. „Rund eine Million Menschen gingen [...] in der DDR für bessere Lebensbedingungen, für Demokratie, Freiheit und deutsche Einheit auf die Straße.“²⁷ Der Aufstand wurde von sowjetischen Panzern und Soldaten niedergeschlagen, dabei kam es zu Todesopfern.²⁸ Nach diesem Volksaufstand fanden bis 1989 keine

²⁰ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): 1950: Beginn des Koreakriegs, online im Internet <<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/208700/koreakrieg>>, 25. 06. 2015, [zugegriffen am 18. 07. 2018].

²¹ Kim, Myongsob; Parker, Suzanne L., Choi, Jun Young: Increasing Distrust of the USA in South Korea, in: International Political Science Review Vol. 27, 2006, S. 427 - 445, S. 427.

²² Vgl. Ebd., S. 428.

²³ Vgl. Hansen, Reimer: Die Kapitulation und die Regierung Dönitz, in: Becker, Winfried (Hg.): Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland. Symposion an der Universität Passau 30.-31. 10. 1985, Köln 1987, S. 31 - 43, S. 39.

²⁴ Vgl. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 23.

²⁵ Friedrich, Wolfgang-Uwe: „Wir sind ein Volk“ die Deutschen und die deutsche Einheit, 1945-1990, in: The John Hoping University Press on behalf of the German Studies Association, Baltimore, 1992, S. 313 - 162, S. 147.

²⁶ Vgl. Weber, Hermann: DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1985, München 1986, S. 11.

²⁷ Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Der Aufstand, online im Internet: <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-aufstand-des-17-juni-1953/152593/der-aufstand>>, [zugegriffen am 22. 07. 2018].

²⁸ Vgl. Bundeszentrale, Aufstand.

weiteren Aufstände mehr statt. Dies zeigt, dass die oben erwähnte Unterdrückung, nach dem Vorbild der Sowjetunion, sehr erfolgreich war. Der Flüchtlingsstrom aus der DDR heraus endete, ungeachtet dessen, nicht. Aus wirtschaftlichen Gründen flohen oder siedelten zwischen 1949 und 1961 rund 15% der Bevölkerung der DDR in die BRD um.²⁹ Als Folge der Abwanderungen wurde am 13. August 1961 die Mauer zwischen Ost- und Westberlin gebaut. Eine neue Stufe der Teilung wurde erreicht.³⁰

Im Jahr 1989 begannen Demonstrationen für Meinungs-, Versammlung-, Pressefreiheit und Selbstbestimmung; hinzu kamen die Montagsdemonstrationen sowie die Besetzung der Stasi-Zentrale. Diese Ereignisse verdeutlichen das Auflehn der Bevölkerung gegen die Regierungspartei der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).³¹ Am 9. November 1989 fand eine Pressekonferenz statt. In dieser verkündete der Sekretär des Zentralkomitees die Reisefreiheit mit sofortiger Wirkung. Nach der Veröffentlichung der Pressekonferenz durch die Medien, verließen noch am selben Abend viele Bürger die DDR.³² Die Furcht, dass diese Freiheit wieder verschwinden könnte und die Reisefreiheit ausgehoben werden würde, war so enorm, dass die Menschen die Mauer besetzten. Dieser Tag wird deshalb als Tag des Mauerfalls bezeichnet, da die Mauer nicht mehr aufrechterhalten werden konnte und die Grenzen somit für alle Bürger offenblieben.³³

Am 18. März fanden Wahlen in der DDR-Volkskammer statt, bei denen die Mehrheit der Bürger Parteien wählte, die eine Wiedervereinigung anstrebten. Daraus resultierte drei Monate später eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, wodurch die D-Mark auch in der DDR Zahlungsmittel wurde. Am 31. August wurde der Einigungsvertrag und am 12. September der Zwei-plus-Vier-Vertrag, welcher außenpolitische Aspekte regelte und Gesamtdeutschland volle Souveränität zurückgab, unterschrieben. Am 3. Oktober 1990 trat das deutsche Grundgesetz auch in der DDR in Kraft, womit die Teilung Deutschlands überwunden war. Die Existenz der DDR gehört damit der Vergangenheit an.³⁴

²⁹ Vgl. Friedrich, Volk, S. 138.

³⁰ Vgl. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 33.

³¹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Politischer Systemwechsel, online im Internet: <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47082/politischer-systemwechsel>>, 30. 03. 2010, [zugegriffen am 22. 07. 2018].

³² Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Als die Mauer fiel – der 9. November 1989, online im Internet: <<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/194561/25-jahre-mauerfall-06-11-2014>>, 06. 11. 2014, [zugegriffen am 22. 07. 2018].

³³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): 15 Jahre Friedliche Revolution, online im Internet: <<http://www.bpb.de/apuz/28050/15-jahre-friedliche-revolution>>, 29. 09. 2004, [zugegriffen am 22. 07. 2018].

³⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): 3. Oktober: Tag der Deutschen Einheit, online im Internet: <<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/145440/3-oktober-tag-der-deutschen-einheit-02-10-2012>>, 02. 10. 2012, [zugegriffen am 22. 07. 2018].

3. Betrachtung möglicher Parallelen

Im folgenden Kapitel sollen Parallelen zwischen Korea und Deutschland hergestellt werden. Dazu werden die Bereiche der Teilungsursachen, der Wirtschaft und der Beziehung zwischen den Teilstaaten analysiert. Der Fokus der Analyse liegt auf den Beziehungen zwischen den Teilstaaten. Die Analysen erfolgen in einem bestimmten Muster. Zuerst wird stets Korea im jeweiligen Kontext vorgestellt, wobei Nord- und Südkorea verglichen werden. Daraufhin wird Deutschland vorgestellt. Dabei werden Vergleiche zwischen der DDR und der BRD gezogen. In jedem Unterkapitel findet abschließend eine Bewertung der jeweiligen Parallel statt. Hierbei ist der historische Kontext, welcher zuvor dargestellt wurden, grundlegend.

3.1 Vergleich der Teilungsursachen

Korea und Deutschland haben eine große Gemeinsamkeit: die Teilung des Landes. In Deutschland währte diese fast 40 Jahre, die Teilung Koreas besteht bis heute. In diesem Kapitel sollen die jeweiligen Teilungsursachen herausgearbeitet werden. Dabei sollen abschließend die Motive und Hintergründe bewertet und Parallelen aufgezeigt werden.

3.1.1 Teilungsursachen Korea

Korea wurde nach der Befreiung von Japan zwischen der Sowjetunion und der USA aufgeteilt. Demnach wurde die Teilung vollzogen, ohne weder Schuld am Zweiten Weltkrieg, noch am Krieg gegen Japan zu tragen. Durch die Besetzung wurde Korea ein Schauplatz des Kalten Kriegs. Dabei spricht man von einem Stellvertreterkrieg, denn das sowjetisch-kommunistische System stand dem amerikanisch-kapitalistischen gegenüber.³⁵ Beide Besatzungsmächte initiierten Regierungen, welche von ihnen unterstützt wurden, und beeinflussten die politischen Geschehnisse, wodurch Spannungen und Gegensätze zwischen den Staaten entstanden. Des Weiteren beschuldigen sich die Teilstaaten gegenseitig, die Wiedervereinigung zu verhindern. Die Teilung zwischen Nord- und Südkorea wird vor allem durch die demilitarisierte Zone an der Grenze, welche vier Kilometer breit ist und die gesamte Halbinsel durchzieht, deutlich.³⁶

Zu den Teilungsursachen Koreas ist abschließend festzuhalten, dass die Besatzer die Teilung verursacht haben und, dass sowohl Korea als auch der Koreakrieg zum Zeichen

³⁵ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Kalter Krieg von 1945 bis 1989, online im Internet: <<http://www.bpb.de/izpb/181036/kalter-krieg-von-1945-bis-1989>>, 20. 03. 2014, [zugegriffen am 25. 07. 2018].

³⁶ Vgl. Stöver, Geschichte, S. 161.

der Angst vor einer Eskalation des Kaltes Kriegs oder dem Ausbruch eines Dritten Weltkriegs geworden ist. Der Grund dafür ist, dass die USA und die Sowjetunion in Korea einen Stellvertreterkrieg geführt haben. Sie standen sich auch in Deutschland gegenüber und eine Eskalation in Korea hätte vermutlich auch zu einer selbigen in Deutschland geführt. Durch die Gegensätze der Besatzer und die weitere Unterstützung dieser und deren Systeme wurde die Spaltung zwischen den zwei Staaten immer größer. Bis heute besteht zwischen Nord- und Südkorea nur ein Waffenstillstand und der Koreakrieg wurde nie durch einen offiziellen Friedensvertrag beendet.³⁷ „Südkorea basiert [seitdem] auf einer freien Demokratie und Marktwirtschaft, während Nordkorea sich auf Totalitarismus und sozialistische Planwirtschaft stützt.“³⁸

3.1.2 Teilungsursachen Deutschland

Nach der Kapitulation Deutschlands wurde das Land als Verursacher des Zweiten Weltkriegs aufgeteilt. Die Teilstaaten DDR und BRD entstanden aus den Besatzungsregimen.³⁹ Diese Teilstaaten standen sich stellvertretend für die Sowjetunion und die USA gegenüber, welche jeweils die Schutzmächte waren. Deutschland war ein Schauplatz für den Systemkonflikt zwischen dem sowjetisch-kommunistischen und dem amerikanisch-kapitalistischen System.⁴⁰ Dabei kam Berlin eine besondere Rolle zu: „In short, the status of the city has constituted one of the important epicenters of controversy in the power struggle of the Soviet Union and the Western Allies.“⁴¹ Das Gegenüberstehen der Sowjetunion in der DDR und den westlichen Mächten, sowie später der NATO, in der BRD spaltete das Land.⁴² Die äußeren Umstände und Einflüsse der Besatzungsmächte haben zur Teilung geführt. Sie entsprach nicht dem Willen und Drang des deutschen Volkes.

3.1.3 Bewertung der Teilungsursachen

Der Zweite Weltkrieg ist bei beiden Staaten der ursprüngliche Grund für die Teilung. Korea wurde im Zweiten Weltkrieg von seiner Besatzungsmacht Japan befreit und unter den Befreier aufgeteilt. Der auf die Teilung folgende Koreakrieg spaltete das Land noch weiter. Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg ausgelöst, wurde besiegt und von den

³⁷ Vgl. Bundeszentrale, Beginn.

³⁸ Kim, Hung-Hyon: Deutsche und Koreaner: Gemeinsamkeiten und Gegensätze. von Seoul nach Berlin, Seoul 1998, S. 181.

³⁹ Vgl. Weber, DDR, S. 13.

⁴⁰ Vgl. Bundeszentrale, Krieg.

⁴¹ Plischke, Elmer: Integrating Berlin and the Federal Republic of Germany, in: The Journal of Politics, Vol. 27, 1965, S. 35 - 65, S. 35.

⁴² Vgl. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 24.

Siegern aufgeteilt. Die beiden Hauptakteure bei der Besetzung der Länder waren die Sowjetunion und die USA. Deutschland und Korea sind in den Systemkonflikt zwischen diesen beiden Großmächten geraten und wurden Schauplätze des Kalten Kriegs. Unter anderem haben beide Teilungen die Angst vor dem Ausbruch eines Dritten Weltkriegs oder einer Eskalation des Kalten Kriegs hervorgebracht.

3.2 Sozio-ökonomischer und demographischer Vergleich

In diesem Kapitel soll der wirtschaftliche Handel mit sozialen Zusammenhängen und weiteren Aspekte, wie z.B. der Militarisierung, dargestellt werden. Dieses Kapitel ist wichtig, um herauszufinden, ob die Teilstaaten sich bei einer Wiedervereinigung gegenseitig wirtschaftliche und gesellschaftliche aufbauen könnten. Dabei folgt es demselben Schema wie das vorherige Kapitel. Der Schwerpunkt liegt darin, herauszufinden, ob Parallelen zwischen den Teilstaaten Koreas und Deutschlands festzustellen sind.

3.2.1 Korea

Nord- und Südkorea sind sehr unterschiedlich. Nordkorea hat viele Bodenschätze,⁴³ jedoch ist die Landwirtschaft nicht ausreichend nutzbar, da die Bedingungen für einen ertragreichen Anbau nicht vorhanden sind.⁴⁴ Als Lösung für das landwirtschaftliche Problem wurde diese kollektiviert und eine Planwirtschaft eingeführt. Außerdem wurden die Bürger massenhaft in der Landwirtschaft und bei Bauprojekten eingesetzt. Dies führte zwar zu einer Produktionssteigerung, jedoch konnten keine neuen Innovationen entstehen, da die Ingenieure und Wissenschaftlicher nicht in ihren Fachbereichen arbeiten und forschen durften. Vor dem Koreakrieg war der Norden der industrielle Teil Koreas⁴⁵. Diese industrielle Stellung konnte nicht beibehalten werden, da im Zuge des Koreakriegs für die Nordkoreaner viele Industrieanlagen verloren gingen.⁴⁶ In den folgenden Jahren konzentrierte sich Nordkorea auf die Schwer- und Chemieindustrie. Der Erfolg der Planwirtschaft blieb aus, denn jedem Planziel musste eine Übergangsphase eingeräumt werden, damit das Ziel, wenn auch verspätet, erreicht werden konnte.⁴⁷ Ein Grund dafür war, dass Nordkorea nur ein Drittel der Arbeitskräfte Koreas besaß.⁴⁸ Die Regierung war

⁴³ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 235.

⁴⁴ Vgl. Ebd., S. 236.

⁴⁵ In nördlichen Teil Koreas wurden „[...] 80 Prozent der Kohle, 85 Prozent der Chemikalien, 90 Prozent der Energie aus Wasserkraft, und 95 Prozent des Eisen- und Stahlausstoßes“⁴⁵ der gesamt-koreanischen Industrie gefördert und produziert. (Vgl. Ebd., S. 237.)

⁴⁶ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 237.

⁴⁷ Vgl. Ebd., S. 238 f.

⁴⁸ Vgl. Anders, Korea, S. 252.

stark auf das Militär fokussiert, wodurch eine Militarisierung der Gesellschaft stattfand. Um die Arbeiter weiterhin zu motivieren, stellte Kim Il Sung im Februar 1974 das Ziel der „Fünf Fronten“ vor. Dabei sollte der Bevölkerung das Gefühl vermittelt werden, trotz ihrer nichtmilitärischen Berufe als Kämpfer für ihr Land tätig zu sein.⁴⁹ „Die militärische Bedrohung von außen wird somit zu einer wichtigen Komponente der Wirtschaftspolitik und der ideologischen Kontrolle der Bevölkerung.“⁵⁰ Es wird beschrieben, dass die Menschen permanent beschäftigt gehalten werden sollten, damit der Zustand der Anspannung aufrecht gehalten werden und eine ideologische und soziale Kontrolle erreicht werden kann.⁵¹ Ein weiterer Nachteil der Militarisierung war die Belastung der Wirtschaft durch die Verteidigungsausgaben.⁵² Hinzu kam die steigende Auslandsverschuldung. Im Jahre 1984 lag diese bei 3 Milliarden US\$.⁵³ „Darüber hinaus war das Land ab 1994 alljährlich von Missernten und Hungersnöten betroffen, die in den folgenden fünf Jahren zwei-drei Millionen Menschen das Leben gekostet haben könnten.“⁵⁴ Nordkorea befand sich in den 90er Jahren in einer Systemkrise, da die Wirtschaftsaktivitäten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stark zurückgingen, da Handelspartner und Unterstützung wegfielen. Außerdem stellten die Hungersnöte und Überschwemmungen große Probleme dar.⁵⁵

Südkorea hingegen besitzt eine gute Landwirtschaft und ist Standort einer arbeitsintensiven Industrie.⁵⁶ Wie aus dem vorherigen Abschnitt hervorgeht, lebten in Südkorea nach dem Krieg zwei Drittel der Arbeitskräfte, somit konnte die arbeitsintensive Industrie deutlich besser aufrechterhalten werden als im Norden. Der große Vorteil Südkoreas ist die Unterstützung der Amerikaner und deren Verbündeten. In der Vergangenheit konnten Probleme dank der westlichen Kaufkraft und weiteren Hilfen materieller und finanzieller Art überwunden werden.⁵⁷ Die Exportwirtschaft Südkoreas wurde seit Mitte der 60er Jahre ausgebaut, womit einhergeht, dass der

⁴⁹ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 240.

⁵⁰ Ebd., S. 240.

⁵¹ Vgl. Ebd., S. 241.

⁵² Vgl. Anders, Conrad: Korea, München 1988, S. 255.

⁵³ Vgl. Ebd., S. 254.

⁵⁴ Gerschewski, Johannes: Von der „Sonnenscheinpolitik“ zur „Politik für Frieden und Wohlstand“. Wandel durch Annäherung auf der Koreanischen Halbinsel?, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, DiskussionspapierFG7, 2007/02, Berlin 2007, S. 5.

⁵⁵ Vgl. Maull, Hanns W.: „Der Prozess der Entspannung auf der koreanischen Halbinsel“, in: Patrick Köllner (Hg.), Korea 2001. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Institut für Asienkunde, Hamburg 2001, S. 214 - 234, S. 219.

⁵⁶ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 237.

⁵⁷ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 237.

Außenhandel zu einer „[...] treibenden Kraft der dynamischen Wirtschaftsentwicklung [...]“⁵⁸ geworden ist. Trotz des großen Außenhandels bestand in Südkorea zwischen den Jahren 1985 bis 1994 ein Importüberschuss.⁵⁹ Ab 1950 hat Südkorea von Deutschland, China, Frankreich und den USA Entwicklungshilfen in Form von Zuschüssen und technischen Hilfen erhalten. Da Südkorea deshalb einen hohen Entwicklungsstand erreichte, sicherte Deutschland ab 1982 keine Zuschüsse mehr zu; ab 1989 wurden auch die technischen Hilfen eingestellt.⁶⁰

Abschließend kann festgehalten werden, dass Nordkorea Energieprobleme hat, wobei es „[m]it entsprechender internationaler Unterstützung [gelingen kann], eine eigenständige und stabile Versorgung aufzubauen [...]. Damit wären auch viele andere Probleme der nordkoreanischen Wirtschaft zu lösen.“⁶¹ In diesem Zitat wird deutlich, dass die Einbindung in den internationalen Warenaustausch essenziell ist. Der internationalen Stellung kommt auch im Bereich der Nahrungsmittelknappheit eine große Bedeutung zu. Durch den Import von Lebensmitteln könnte die Situation in Nordkorea stabilisiert werden. Daraus ergibt sich jedoch ein Teufelskreis, denn „[d]ies bedeutet, dass das eigentliche Problem der schlechte Zustand der nordkoreanischen Industrie und die durch Sanktionen eingeschränkten Exportmöglichkeiten sind.“⁶² Der fehlende Import und Export ist demzufolge ausschlaggebend für die Situation in Nordkorea. „[The] economic and military comparison of North and South Korea shows that North Korea never had a lead over the South, and after the 1960s quickly began falling.“⁶³ Ein weiteres Problem verdeutlicht die Tatsache, dass „[...] einst, als bei der deutschen Teilung die Unverträglichkeit der zwei Seiten einen Problemfall in der Staatenwelt darstellte, steht im Hintergrund der nordkoreanischen Außenbeziehungen besonders zu den USA, zur VR China⁶⁴, zu Russland und Japan das ungelöste interkoreanische Verhältnis.“⁶⁵ Die bestehende Teilung beinhaltet weitreichende Folgen, welche immer noch spürbar sind und für die noch keine Lösung gefunden werden konnte. Südkorea verfügt mit den USA und weiteren westlichen Staaten über zuverlässigere Handelspartner und Entwicklungshelfer, die dem Land dabei halfen, gute Lebensbedingungen für die

⁵⁸ Statistisches Bundesamt, Länderbericht Korea, Republik, Wiesbaden 1995, S. 83.

⁵⁹ Vgl. Bundesamt, Länderbericht, S. 83.

⁶⁰ Vgl. Ebd., S. 144 f.

⁶¹ Kern; Köllner, Südkorea, S. 243.

⁶² Ebd., S. 245.

⁶³ Kang, Relations, S. 308.

⁶⁴ Volksrepublik China.

⁶⁵ Kern; Köllner, Südkorea, S. 261.

Bewohner zu schaffen. Die internationale Stellung ist deutlich besser und anerkannter als die Nordkoreas. „Die diplomatische Isolation und die Wirtschaftskrise werden Nordkorea weiter zu schaffen machen und die wirtschaftliche Kluft zwischen Süd- und Nordkorea wird immer größer werden. Dies macht eine zukünftige Wiedervereinigung Koreas noch komplizierter [...]“⁶⁶ so die Aussicht aus dem Jahr 1998.

3.2.2 Deutschland

In Deutschland existierten große territoriale Unterschiede. Die DDR entstand lediglich aus der sowjetischen Besatzungszone, wohingegen die BRD aus drei Besatzungszonen zusammengesetzt wurde. Die DDR hatte die Größe von etwa zwei Fünftel der heutigen Bundesrepublik.⁶⁷ Hinzu kommt, dass die DDR weniger urbanisiert war.⁶⁸ Durch die Größe bedingt unterschieden sich auch die Einwohnerzahlen. Die BRD hatte eine ungefähre Einwohnerzahl von 62,2 Millionen Menschen, wobei die DDR nur schätzungsweise 16,4 Millionen Einwohner hatte.⁶⁹ Die DDR errichtete eine antifaschistisch-demokratische Ordnung, welche schrittweise eine Planwirtschaft einführte.⁷⁰ Die Wirtschaftspolitik der DDR war auf „[...] Machtgewinnung, Machterhaltung, Machtsicherung der SED ausgerichtet [...]“⁷¹. „Grundnahrungsmittel, Mieten und öffentliche Verkehrsmittel waren in der DDR [...] wesentlich preiswerter als in der Bundesrepublik.“⁷² Dies mag zuerst positiv klingen, jedoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass der Lebensunterhalt einer Bevölkerung dem durchschnittlichen Einkommen angepasst wird und sich die Wohnbedingungen von denen in der BRD unterschieden. Hinzu kommt, dass die Wirtschaft der DDR durch die Knappheit von Gütern gekennzeichnet war.⁷³ Die DDR hatte den Vorteil, dass sie einen höheren Beschäftigungsgrad als die BRD besaß.⁷⁴ Dort arbeiteten rund 27,6 Millionen Menschen, in der DDR hingegen waren es etwa 9,3 Millionen.⁷⁵ Zwischen den Jahren 1971 und 1981 verzehnfachte sich die Verschuldung der DDR bei westlichen Banken, weshalb die

⁶⁶ Kim, Deutsche, S. 182.

⁶⁷ Vgl. Statista: Vergleich von West- und Ostdeutschland vor der Wiedervereinigung im Jahre 1988 bzw. 1989, online im Internet: <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249689/umfrage/vergleich-von-west-und-ostdeutschland-vor-der-wiedervereinigung/>>, 2018, [zugegriffen am 06. 09. 2018].

⁶⁸ Vgl. Dennis; Steinert, Deutschland, S. 20.

⁶⁹ Vgl. Ebd., S. 20.

⁷⁰ Vgl. Krause, Günter: Wirtschaftstheorie in der DDR, Marburg 1998, S. 23.

⁷¹ Wehler, Gesellschaftspolitik, S. 105.

⁷² Dennis; Steinert, Deutschland, S. 20.

⁷³ Vgl. Dennis; Steinert, Deutschland, S. 20.

⁷⁴ Vgl. Ebd., S. 21.

⁷⁵ Vgl. Statista, Vergleich.

Abhängigkeit von der BRD stärker wurde.⁷⁶ Die BRD erlebte durch den Koreakrieg und die damit verbundene Wiederbewaffnung einen Aufschwung.⁷⁷ Dadurch erreichte die BRD das sogenannte Wirtschaftswunder und war finanziell nicht mehr auf die USA angewiesen.⁷⁸ Die Unterschiede werden in einem Vergleich von Import und Export deutlicher. In der BRD überstieg der Export den Import deutlich, es konnte ein Plus von 135,5 Millionen DM erwirtschaftet werden. Die DDR erzielte hingegen ein Minus von 900.000 DM.⁷⁹

Es ist festzuhalten, dass es große Disparitäten zwischen der DDR und der BRD gab. „Mitverantwortlich für die Disparität waren das planwirtschaftliche System, das Anpassung auf Kosten von Kreativität förderte, die Vernachlässigung neuer Technologien und veraltete Produktionsmittel.“⁸⁰ Dies führte dazu, dass es zwischen der BRD und der DDR einen mehrjährigen Entwicklungsabstand gab. Hinzu kam, dass die Produkte aus der DDR nur geringe Absatzchancen hatten und all dies zu einer steigenden Auslandsverschuldung führte.⁸¹ Weber schreibt, dass die DDR „[...] zwischen Fortschritt und Dogmatismus, Modernität und kleinbürgerlichem Spießertum“⁸² schwankte. Dabei ist zu betonen, dass die Politisierung des Wirtschaftsprozesses als Kernproblem dargestellt werden kann, da die Priorität auf die Partei und nicht auf die Wirtschaft gelegt wurden.⁸³

Die DDR erbrachte nur 30% der wirtschaftlichen Leistungen der BRD, das Haushalteinkommen lag 55% unter dem der Bundesrepublik und die DDR-Bürger verdienten nur 30% des Einkommens eines Arbeiters in der BRD. An der Auslandsverschuldung, bei der es sich um ungefähr 130 Milliarden Mark handelte, ist am deutlichsten abzulesen, inwieweit sich die DDR verkalkulierte und über ihre Verhältnisse lebte. Diese Verschuldung stellte jährlich eine Milliarde Dollar Zinsen dar.⁸⁴ Ein Abbau dieser Schuldenmenge kann an dieser Stelle als unmöglich gewertet werden.

Zusammenfassend ist herauszustellen, dass die BRD wirtschaftlich deutlich stärker war als die DDR, welche sich auf dem Weg in einen Staatsbankrott befand.

⁷⁶ Vgl. Friedrich, Volk, S. 141.

⁷⁷ Vgl. Stöver, Geschichte, S. 159.

⁷⁸ Vgl. Ebd., S. 159.

⁷⁹ Vgl. Statista, Vergleich.

⁸⁰ Dennis; Steinert, Deutschland, S. 21.

⁸¹ Vgl. Ebd., S. 21.

⁸² Weber, DDR, S. 13.

⁸³ Vgl. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 105.

⁸⁴ Vgl. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 104.

3.2.3 Bewertung der sozio-ökonomischen und demographischen Gegebenheiten

Bei der Darstellung des wirtschaftlichen Handels in Relation mit sozialen Zusammenhängen ist festzustellen, dass es Parallelen zwischen Korea und Deutschland gab. Nordkorea und die DDR waren an der Sowjetunion orientiert und führten beide eine Planwirtschaft ein. Ein Unterschied zwischen beiden Ländern ist darin festzustellen, dass Nordkorea seine Planziele nur mit Übergangsphasen erreichen konnte⁸⁵ und die DDR eine steigende Auslandsverschuldung aufzeigte⁸⁶. Beide Staaten nahmen große Kredite bei westlichen Banken und Staaten auf. Die Planwirtschaft verlief somit bei beiden Staaten nicht erfolgreich. Ein Grund dafür war auch, dass beide Staaten die Entwicklung von neuen Technologien vernachlässigten und deshalb technologisch rückständig waren. Eine weitere Gemeinsamkeit der DDR und Nordkorea war der Arbeitskräftemangel.⁸⁷

Südkorea und die BRD waren wirtschaftlich beide westlich, kapitalistisch und marktwirtschaftlich orientiert. An der guten wirtschaftlichen Lage der beiden Staaten haben die USA einen großen Beitrag geleistet. Sie war deshalb wirtschaftlich ein besserer Partner als die Sowjetunion. Durch den schnellen wirtschaftlichen Aufschwung der BRD, ausgelöst durch die positive wirtschaftliche Wirkung des Koreakriegs und die Konsumgüterindustrie, welche zu einem Wirtschaftswunder führten, war diese nicht mehr länger auf die finanziellen Mittel der USA angewiesen.⁸⁸

Der Systemkonflikt, in den beide Staaten gerieten, führte bei Nordkorea und der DDR zu schwachen Außenbeziehungen zu den westlichen Staaten. Dadurch konnte so gut wie kein Außenhandel, welchem wirtschaftlich eine große Bedeutung zukommt, stattfinden, weshalb Nordkorea stark auf die Hilfe von außen angewiesen ist. Die Wiedervereinigung Deutschlands verbesserte die Situation für die Bevölkerung in der ehemaligen DDR stark. Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass die wirtschaftliche Situation der BRD so gut war, dass die wirtschaftlichen Probleme der DDR aufgefangen werden konnten. Es ist fraglich, ob Südkorea diesen ‚Wohlstandsgrad‘ bereits erreicht hat, oder im Falle einer Wiedervereinigung auf Unterstützung angewiesen sein wird. Dabei ist festzuhalten, dass „[...] die ökonomische Basis des Landes lange nicht so tragfähig ist, wie es die alte bundesrepublikanische war.“⁸⁹ „Hinzu kommt auch, dass das reale

⁸⁵ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 239.

⁸⁶ Vgl. Anders, Korea, S. 254.

⁸⁷ Vgl. Ebd., S. 252 und Dennis; Steinert, Deutschland, S. 21.

⁸⁸ Vgl. Stöver, Geschichte, S. 159.

⁸⁹ Kern, Köllner, Südkorea, S. 302 f.

Wohlfahrtsgefälle zwischen den beiden koreanischen Staaten größer ist als im damaligen deutschen Fall.“⁹⁰ Außerdem würde „[...] ein Vergleich der Bevölkerungsgröße [...] im koreanischen Fall ungünstiger aus[fallen] [...]“⁹¹ denn auf einen DDR-Bürger kamen drei BRD-Bürger, wohingegen ein Nordkoreaner auf zwei Südkoreaner kommt.

3.3 Vergleich der Beziehungen zwischen den Teilstaaten

Das folgende Kapitel stellt den Hauptteil dieser Arbeit dar. Die Beziehungen zwischen den Teilstaaten Koreas und Deutschlands werden vorgestellt und miteinander in Verbindung gesetzt. Der Vergleich erfolgt nach demselben Schema wie zuvor. Mit Augenmerk auf den Umfang dieser Arbeit und den aktuellen Ereignissen in diesem Themenbereich muss das Thema zeitlich eingegrenzt werden. Es werden lediglich Ereignisse bis Ende 2004 in die Analyse einfließen. Die Einschränkung wurde vorgenommen, da Nordkorea 2005 behauptete, Atomwaffen zu besitzen und 2006 den ersten Atomversuch durchführte.⁹² Eine Berücksichtigung dieser Ereignisse würde den Rahmen der Arbeit übersteigen und außerdem zeigen Geschehnisse, wie Atomversuche, keine Parallelen zu Deutschland auf und habe somit keinen Einfluss auf die Beantwortung der Leitfrage.

Die Wiedervereinigung Deutschlands stellt einen zentralen Punkt der Betrachtung dar. Somit ist klar ersichtlich, dass es einen Wendepunkt gab, welcher zu einer Annäherung führte. Der Weg hin zu dieser Verbesserung ist der entscheidende Punkt. Dieser muss mit den Schritten Koreas hin zu einer Wiedervereinigung verglichen werden, damit bewertet werden kann, inwieweit diese Schritte erfolgreich waren. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht vor allem die Vergleichbarkeit Koreas zu Deutschland und die Frage nach einer möglichen Vorbildfunktion Deutschlands.

Die Darstellung der Beziehungen der jeweiligen Teilstaaten zueinander stellt sich als kompliziert heraus, da sich die Ansichten und Verhaltensweisen unterscheiden. Um die Komplexität der Beziehungen besser verstehen zu können, werden die historischen Abläufe der Wiedervereinigung in Kategorien, wie z.B. Grundaussagen der Wiedervereinigung oder Alleinvertretungsanspruch, eingeteilt.

⁹⁰ Ebd., S. 303.

⁹¹ Ebd., S. 302.

⁹² Vgl. Atomwaffen A-Z 2018: Nordkorea, online im Internet: <<https://www.atomwaffena-z.info/heute/atomwaffenstaaten/nordkorea.html>>, [zugegriffen am 30. 07. 2018].

3.3.1 Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea

3.3.1.1 Regierungswechsel

Die Staatspräsidenten nehmen großen Einfluss auf die Wiedervereinigungspolitik ihrer Länder. Da Nordkorea durch eine Familiendynastie geprägt ist, fanden dort keine überraschenden Machtwechsel statt.⁹³ Im Falle des nordkoreanischen Führers Kim Il Sung ist sogar die Rede davon, dass sein Lebensziel aus der Wiedervereinigung Koreas unter einer kommunistischen Führung bestand.⁹⁴ Trotz Kims Absicht merkt Won-Myoung Lee an, dass bis zum Ende der 50er Jahre kein Konzept für eine Wiedervereinigung entwickelt wurde. Daraus lässt sich ableiten, dass Nordkorea die Teilung und das Bestehen von zwei koreanischen Staaten akzeptiert hat.⁹⁵

Bei Südkorea gab es mehrere Regierungswechsel, welche Kurswechsel und Veränderungen der Intensität bei der Wiedervereinigungspolitik zur Folge hatten. Syngman Rhee unterzeichnete das Waffenstillstandsabkommen nach dem Koreakrieg nicht und glaubte weiterhin an eine Wiedervereinigung durch Waffengewalt.⁹⁶ Rhee wurde 1960 durch einem Studentenaufstand gestürzt.⁹⁷ Sein Nachfolger war Chung-hee Park. Dieser sah in der Wiedervereinigung keine Priorität, sondern konzentrierte sich auf den wirtschaftlichen und industriellen Wiederaufbau des Landes.⁹⁸ „Während sich beide Koreas der Rhetorik der Wiedervereinigung bedienten und alles daran setzten, die andere Seite zu unterminieren, galt ihre Energie nach dem Koreakrieg primär der Nationenbildung und dem Wiederaufbau.“⁹⁹ Dennoch wurde unter Park das Ministerium für Nationale Wiedervereinigung eingerichtet, dem das Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen als Vorbild diente. In diesem Ministerium wurden Möglichkeiten und Grenzen einer koreanischen Wiedervereinigung erforscht.¹⁰⁰ Park wurde 1980 ermordet, woraufhin Chun Doo-hwan sein Nachfolger wurde. Er war bestrebt nichts dem Zufall zu überlassen und erarbeitete einen Plan für eine demokratische Wiedervereinigung.¹⁰¹ 1988 wurde Roh Tao-woo südkoreanischer Präsident und engagierte sich dynamischer zum Thema Wiedervereinigung als sein Vorgänger. Er

⁹³ Vgl. Stöver, Geschichte, S. 163.

⁹⁴ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 288.

⁹⁵ Vgl. Lee, Frage, S. 182.

⁹⁶ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 292.

⁹⁷ Vgl. Lee, Frage, S. 162.

⁹⁸ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 293.

⁹⁹ Ebd., S. 288.

¹⁰⁰ Vgl. Lee, Frage, S. 168.

¹⁰¹ Vgl. Ebd., S. 175.

schlug 1989 eine „Koreanische Nationale Gemeinschaft“ vor, deren Ziel es war, eine gemeinsame Verfassung vorzubereiten, um schließlich demokratische Wahlen und eine Wiedervereinigung herbeizuführen.¹⁰² Bei dem nächsten Regierungswechsel kam Kim Young-sam an die Macht. Er ging davon aus, dass Nordkorea noch vor dem Ende seiner Amtszeit zusammenbrechen werde. Seine Vorahnung bestätigte sich nicht und so setzte sein Nachfolger Kim Dae-jung einen neuen Kurs an.¹⁰³ Er entwickelte die sogenannte „Sonnenscheinpolitik“. Das Ziel dabei war es: „[...] den Norden aus seiner selbst gewählten Isolation zu locken und zu einer echten Annäherung zu bewegen.“¹⁰⁴ „Contrary to previous approaches to North Korea, this administration regarded North Koreans as brothers to be embraced, not as enemies to be destroyed.”¹⁰⁵ Diese Politik wird im weiteren Verlauf des Kapitels noch genauer erläutert. Sein Nachfolge Roh Moo-hyun hat die Annäherungspolitik ab 2003 weiterhin fortgesetzt und sie offiziell als „Politik für Frieden und Wohlstand“ bezeichnet.¹⁰⁶ Er verfolgte außerdem das Ziel, die „[...] Korruption und die Verflechtung von Politik und Wirtschaft zurückzudrängen [...]“¹⁰⁷ und weitere Probleme im Land zu lösen.

3.3.1.2 Grundaussagen zur Wiedervereinigung

Die Grundaussagen und Forderungen der Staaten hinsichtlich der Wiedervereinigung gehen stark auseinander. Nordkorea stellt sich eine „[...] kommunistische Wiedervereinigung auf der Grundlage der sog. Dschutsche-Ideologie Kim Il Sungs [...]“¹⁰⁸ vor. Südkorea hatte dabei eine andere Betrachtungsweise: „Das Endziel der Wiedervereinigung der Republik Korea liegt darin, eine „Vereinte Demokratische Republik Korea“ zu schaffen. Hierbei handelt es sich um das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung durch friedliche und demokratische Verfahrensweisen, die den freien Willen des gesamten Volkes von 60 Millionen Menschen in Süd- und Nordkorea widerspiegeln.“¹⁰⁹ An dieser Stelle ist deutlich hervorzuheben, dass in Korea ein kommunistisches System einem demokratischen gegenübersteht und keiner der Teilstaaten sein System und seine Ideologie aufgeben möchte. Hinzu kommt, dass die

¹⁰² Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 293 f.

¹⁰³ Vgl. Ebd., S. 294.

¹⁰⁴ Ebd., S. 295.

¹⁰⁵ Kim; Parker; Choi, Distrust, S. 432.

¹⁰⁶ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 299.

¹⁰⁷ Gey, Peter: Südkorea 2002 und 2004: Das Establishment wird abgewählt, Friedrich-Ebert-Stiftung: Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Seoul 2004, S. 5 f.

¹⁰⁸ Lee, Frage, S. 185 f.

¹⁰⁹ Lee, Frage, S. 179.

südkoreanische Regierung der Meinung war, dass Nordkorea nur eine „Marionettenregierung“ der Sowjetunion sei.¹¹⁰

3.3.1.3 Alleinvertretungsanspruch

Südkorea strebte bis 1960 die Politik der Stärke an, welche vor allem durch den Alleinvertretungsanspruch Südkoreas gekennzeichnet ist.¹¹¹ Die Regierung verfolgte das Ziel, „[...] der nordkoreanischen Regierung die internationale Anerkennung zu versagen, ihren Zutritt zur internationalen Staatenwelt zu blockieren und ihr damit ein wichtiges Attribut der Staatlichkeit vorzuenthalten.“¹¹² „Neben den Vereinigungsformeln beansprucht die DVRK¹¹³ wie auch die Republik Korea, der allein legitime Repräsentant der koreanischen Nation zu sein, was allen feierlichen Sonntagsreden zuwider die Hoffnung ausdrückt, die andere Seite dominierend absorbieren zu können.“¹¹⁴ Hinzu kommt, dass beide Staaten Koreas behaupten, die „[...] einzig legitime Regierung auf der koreanischen Halbinsel [...]“¹¹⁵ zu sein und beide Länder Unterstützung in der Bevölkerung suchen. Beide erheben für ihren Teilstaat den Alleinvertretungsanspruch. Aufgrund der deutschen Wiedervereinigung fühlte sich die nordkoreanische Regierung indirekt unter Druck gesetzt und bekannte sich zu einer losen Föderation.¹¹⁶

Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass Nordkorea der Meinung ist, dass Südkorea mit der Hilfe der USA den Koreakrieg begonnen hat.¹¹⁷ Südkorea behauptet hingegen, wie in der meisten westlichen Literatur bestätigt, dass Nordkorea den Krieg begonnen hätte. Für den Beginn des Koreakriegs weisen sich die beide Staaten gegenseitig die Schuld zu.

3.3.1.4 Programme und Verträge

Der Überfall von Nordkorea auf den Süden des Landes stellte einen militärischen Versuch der Wiedervereinigung des Landes dar. Dieser misslang jedoch und löste damit den Koreakrieg aus. In den 50er Jahren propagierte Nordkorea einen friedlichen Zusammenschluss unter der Aufsicht neutraler Nationen. Trotz des Vorschlags zur Wiedervereinigung forderte die nordkoreanische Regierung die Südkoreaner dazu auf,

¹¹⁰ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 293.

¹¹¹ Vgl. Lee, Frage, S. 159.

¹¹² Lee, Frage, S. 160.

¹¹³ Demokratische Volksrepublik Korea.

¹¹⁴ Kern; Köllner, Südkorea, S. 261.

¹¹⁵ Ebd., S. 290.

¹¹⁶ Vgl. Gerschewski, Sonnenscheinpolitik, S. 6.

¹¹⁷ Vgl. Anders, Korea, S. 256.

ihre eigene Regierung zu stürzen.¹¹⁸ Man kann deshalb kaum von einer ernsthaften Absicht zur Wiedervereinigung sprechen, da der Vorschlag eines friedlichen Zusammenschlusses allein mit dem Zweck einer besseren Außenwahrnehmung in der nationalen Politik getätigt wurde.

Ab 1960 schlug Nordkorea durch den Vorschlag der Bildung einer Nord-Süd-Konföderation durch Kim Il Sung einen Kurswechsel ein. Dabei sollte die koreanische Bevölkerung den Vereinigungsprozess einleiten. Die Nationen sollten jeder für sich selbst autonom nebeneinander bestehen bleiben. Nach außen sollten sie als ein Staat agieren und auch als dieser den Vereinten Nationen beitreten. Das Ziel stellten gemeinsame demokratische Wahlen zu einem späteren Zeitpunkt dar.¹¹⁹ Dem slowakischen Politiker Rudolf Schusters zufolge müssen in den geteilten Staaten drei Gleichheiten als Grundlage für eine Konföderation erfüllt sein: „ideologische Kompatibilität, außenpolitische Solidarität und gesellschaftliche Homogenität“¹²⁰. Diese drei Grundlagen für eine Konföderation waren zu diesem Zeitpunkt in Korea nicht vorhanden.

Die Einrichtung des Ministeriums für Nationale Sicherheit im März 1969 markierte eine der bedeutendsten, von Südkorea initiierten, Veränderungen. Dieses neugeschaffene Ministerium erforschte die Möglichkeiten und Grenzen einer möglichen Wiedervereinigung Koreas. Hierbei wurde insbesondere die Ostpolitik der BRD unter Willy Brandt betrachtet.¹²¹ Präsident Park erschuf das Ministerium zu Anfang nur „[...] um den Anschein einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem sensiblen Thema zu erwecken.“¹²² Aufgrund verschiedener Faktoren (Wunsch der USA nach Entspannung und Druck der Regierungsoption) entschied sich Park dazu, die Wiedervereinigung zu priorisieren und das Gespräch mit Nordkorea zu suchen.¹²³ Das Ergebnis waren die Rotkreuzgespräche, „[...] die ihren Höhepunkten [im] [...] Gemeinsamen Kommuniqué vom 4. Juli 1972 erreichten, in dem man übereinkam, auf eine Wiedervereinigung hinzuarbeiten durch die Überwindung der Unterschiede in Weltanschauung, Ideologie und zwischen den Systemen.“¹²⁴ Die Verhandlungen stagnierten jedoch an der fehlenden Bereitschaft Südkoreas, das Thema der Abrüstung zu priorisieren.¹²⁵ Dabei bleibt

¹¹⁸ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 291.

¹¹⁹ Vgl. Ebd., S. 291 f.

¹²⁰ Lee, Frage, S. 191.

¹²¹ Vgl. Lee, Frage, S. 168.

¹²² Kern; Köllner, Südkorea, S. 293.

¹²³ Vgl. Ebd., S. 293.

¹²⁴ Lee, Frage, S. 170.

¹²⁵ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 293.

fraglich, ob Nordkorea die Taktik verfolgte, Südkorea zu einer Abrüstung zu bewegen, um deren militärische Gefahr für Nordkorea zu verringern, oder ob sich Südkorea diesem Annäherungsprozess schlicht in den Weg stellte. Infolgedessen scheiterten die Verhandlungen zur Annäherung 1973.¹²⁶

1973 wurde Nordkorea als „De-facto-Regierung“ in einer Sieben-Punkte-Erklärung von Südkorea anerkannt.¹²⁷ Bei einer „De-facto-Regierung“ hat die Regierung die Stabilität eines anerkannten Staates erreicht, wird jedoch nicht anerkannt. Eine völkerrechtliche Anerkennung fand demzufolge nicht statt. Hinzu kommt, dass sie sich nicht mehr gegen den Eintritt Koreas in die Vereinten Nationen aussprachen.¹²⁸ Als Reaktion auf die Sieben-Punkte-Erklärung schlug Kim Il Sung ein Fünf-Punkte-Programm vor. Dies besagte, dass Korea als die „Konföderativ Republik Koryo“ der UNO beitreten sollte.¹²⁹ Dabei wies die nordkoreanische Regierung darauf hin, dass sie „[...] ihre stillschweigende Anerkennung der De-facto-Existenz eines südkoreanischen Teilstaates nicht als Hinnahme des Status quo gewertet sehen möchten.“¹³⁰ Beide koreanischen Staaten erkannten sich damit 1973 als De-facto-Staaten, jedoch nicht als vollwertige Staaten an. „Darüberhinaus kündigte Nordkorea am 28. August 1973 an, daß es allen weiteren innerkoreanischen Treffen fernbleiben werde.“¹³¹ Somit scheiterte die erste Annäherungsphase 1973 endgültig.¹³²

Im Januar 1974 schlug Südkorea ein Nichtangriffsabkommen vor. Dieses wurde von Nordkorea mit der Begründung abgelehnt, dass es keine Garantie für einen Frieden in Korea geben würde.¹³³ Südkorea unternahm dennoch weitere Versuche der Annäherung. Hierzu gab Chun Doo-hwan 1982 einen Plan zur demokratischen Wiedervereinigung bekannt.¹³⁴ Es wurde ein 20-Punkte-Programm des Ministeriums für Nationale Wiedervereinigung herausgearbeitet, um die Faktoren, welche die Wiedervereinigung verhinderten, abzubauen.¹³⁵ Bei diesem Programm handelte es sich vermutlich um eine Reaktion auf das 10-Punkte-Programm von Nordkorea aus dem Jahr 1980.¹³⁶ Außerdem

¹²⁶ Vgl. Ebd., S. 293.

¹²⁷ Vgl. Lee, Frage, S. 170.

¹²⁸ Vgl. Ebd., S. 171.

¹²⁹ Vgl. Ebd., S. 193 f.

¹³⁰ Ebd., S. 194.

¹³¹ Ebd., S. 172.

¹³² Vgl. Kern; Köllner, S. 293.

¹³³ Vgl. Lee, Frage, S. 173.

¹³⁴ Lee, Frage, S. 175.

¹³⁵ Vgl. Ebd., S. 178.

¹³⁶ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 292.

schlug die südkoreanische Regierung eine Autobahn zwischen den Hauptstädten und einen geregelten Schiffsverkehr vor. Diese Vorschläge Südkoreas wurden jedoch von Nordkorea ebenfalls abgelehnt. „[...] [A]ls ob die Führung eines hermetisch abgeriegelten, wirtschaftlich zurückgebliebenen Landes wie Nordkorea solche Freiheit akzeptieren könnte, ohne sofort ihr Gesicht zu verlieren und ihr Amt bald danach.“¹³⁷

Zu Beginn des Jahres 1986 wurde ein Militärmanöver von Südkorea mit den USA initiiert, woraufhin Nordkorea in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Oktober desselben Jahres ebenfalls eine Marineübung durchführen ließ. Diese militärischen Machtdemonstrationen führten zu einer Vergrößerung der innerkoreanischen Spannungen, weshalb die laufenden Gespräche ausgesetzt wurden.¹³⁸

Roh Tae-woo schlug 1989 die „Koreanischen Nationalen Gemeinschaft“ vor. Dabei befürwortete er die gleichmäßige Verteilung der Sitze der beiden Staaten im Rahmen eines Minister- und Repräsentantenrates. Innerhalb dieser Räte sollten Diskussionen und Bearbeitungen hinsichtlich internationaler und interkoreanischer Fragen geführt werden.¹³⁹ Ende 1991 wurde den beiden koreanischen Staaten ein Abkommen „[...] über Versöhnung, Nichtaggression, Austausch und Zusammenarbeit [...]“¹⁴⁰ unterzeichnet. Unter Kim Young-sam wurden keine weiteren Vereinigungsversuche gestartet, da dieser, wie bereits erwähnt, von einem Zusammenbruch Nordkoreas ausging. Die Situation verschlechterte sich 1994 wieder, als Nordkorea aus dem Atomwaffen-Sperrvertrag ausstieg und das Ziel verfolgte, Kernwaffen zu entwickeln. Um eine Eskalation zu verhindern schaltete sich die USA in den Konflikt ein und schlossen einen amerikanisch-nordkoreanischen Rahmenvertrag, das Genfer Rahmenabkommen, ab.¹⁴¹

Die ‚Sonnenscheinpolitik‘, welche in einem der folgenden Unterkapitel genauer vorgestellt wird, bewirkte einen Wandel in der Vereinigungspolitik Koreas. Im Juni 2000 wurde der erste innerkoreanische Gipfel abgehalten. Die Staaten verfassten gemeinsam eine Erklärung, welche fünf Punkte beinhaltete, Beispiele dafür sind eine Wiedervereinigung ohne äußere Einflüsse oder das Fortsetzen des innerkoreanischen Dialogs. Für Südkorea spielte dabei die Kooperations- und Gesprächsbereitschaft Nordkoreas in verschiedenen Bereichen die wichtigste Rolle.¹⁴² Dieser Gipfel war das

¹³⁷ Anders, Korea, S. 247.

¹³⁸ Vgl. Lee, Frage, S. 221.

¹³⁹ Vgl. Ebd., S. 293 f.

¹⁴⁰ Gerschewski, Sonnenscheinpolitik, S. 5.

¹⁴¹ Vgl. Maull, Prozess, S. 215.

¹⁴² Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 296.

erste Beispiel dafür, dass eine Annäherung in Korea nicht durch externe Faktoren bedingt wurde.¹⁴³

Unter Roh Moo-hyun wurde die Annäherungspolitik vorgesetzt. Die Wirtschaftslage beider Staaten, sowie die Meinungslage der südkoreanischen Bevölkerung gegenüber Nordkorea, verbesserte sich darauf weiterhin.

Abstimmungen in Südkorea im Jahr 2004 ergaben, dass die Mehrheit der Südkoreaner die Hilfslieferungen an den Norden befürwortete. Die akute militärische Bedrohung, welche nach wie vor von Nordkorea ausging, erschwerte die aktuellen Entwicklungen hin zu einer möglichen Wiedervereinigung.¹⁴⁴ Die Darstellung endet an dieser Stelle im Jahr 2004, da weitere Programme und Vereinigungsvorschläge den Rahmen dieser Arbeit überschreiten würden.

3.3.1.5 „Sonnenscheinpolitik“

Die ‚Sonnenscheinpolitik‘ markiert einen „[...] paradigmatischen Wechsel in der Nordkoreapolitik [...]“¹⁴⁵. Eine Wiedervereinigung sollte von Seiten Südkoreas hinausgezögert werden, da Kim Dae-jung, der südkoreanische Präsident, realisierte, dass ein Zusammenbruch Nordkoreas negative Auswirkungen für Südkorea mit sich bringen würde und so kein reibungsloser Zusammenschluss ermöglicht werden könnte. Hierzu sollte in den Bereichen Kultur und Wirtschaft ein Umfeld geschaffen werden, welches durch Gemeinsamkeiten langfristig Annäherungen ermöglicht. Da Kim bessere und gewinnbringendere Beziehungen für Nordkorea schaffen wollte, setzte er sich bei den USA für eine Aufhebung der Sanktionen gegen Nordkorea ein.¹⁴⁶ Erst 2002 nahm Nordkorea die Bestrebungen Südkoreas ernst und ging auf diese ein. Dies setzte einen Prozess in Gang. Südkorea machte den Vorschlag „[...] die nationale Sicherheit des Nordens [zu] garantieren, der dortigen Wirtschaft unter die Arme [zu]greifen und Pyongyang aktiv in der internationalen Arena [zu] unterstützen.“¹⁴⁷ Im Gegenzug sollte Nordkorea militärische Provokationen und die Arbeit an Langstreckenraketen und nuklearen Waffen einstellen. Dieses Vorgehen und eine Zahlung von Süd- an Nordkorea von 500 Millionen US-Dollar führte dazu, dass vom 13. - 15. Juni 2000 der erste innerkoreanische Gipfel stattfinden konnte.¹⁴⁸

¹⁴³ Vgl. Gerschewski, Sonnenscheinpolitik, S. 7.

¹⁴⁴ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 296 - 301.

¹⁴⁵ Gerschewski, Sonnenscheinpolitik, S. 3.

¹⁴⁶ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 295.

¹⁴⁷ Kern; Köllner, Südkorea, S. 296.

¹⁴⁸ Vgl. Ebd., S. 294 ff.

Rückblickend kann man die ‚Sonnenscheinpolitik‘ als sehr erfolgreich ansehen. Zwei Jahre nach dem ersten innerkoreanischen Gipfel konnten bereits zahlreiche Erfolge verzeichnet werden: der Austausch innerhalb Koreas ist gestiegen (Personen und Güter), der Norden ist transparenter geworden, Rahmenbedingungen für einen Austausch in den Bereichen Tourismus, Wirtschaft und Verkehr wurden geschaffen, die allgemeine Versorgungssituation in Nordkorea durch internationale Hilfe verbessert und zahlreiche Staaten entwickelten diplomatische Beziehungen zu Nordkorea.¹⁴⁹

3.3.2 Beziehungen zwischen DDR und BRD

3.3.2.1 Regierungswechsel

Die DDR-Führung konzentrierte sich anfangs auf die Ideologie und die damit verbundene Zielsetzung. Das System sollte nach dem Marxismus-Leninismus ausgerichtet werden, um sich dem sowjetischen anzunähern. Später wurden wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen vorgenommen, da die veraltete Staatsform und die Ideologie nicht mehr mit den gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen einer Industriegesellschaft übereinstimmten.¹⁵⁰ Unter Walter Ulbricht verkündete Chruschtschow die „Zwei-Staaten-Theorie“, welche besagt, dass auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reichs nun zwei Staaten mit unterschiedlichen Ordnungen bestehen. Ulbricht erhoffte sich von dieser „Bestandsgarantie“ eine Aufrechterhaltung der DDR.¹⁵¹ Stoph betonte zu seiner Amtszeit, dass die Aufnahme von Beziehungen zwischen den Staaten auf Gleichberechtigung beruhe.¹⁵² Er war daher bestrebt, an weiteren Gesprächen mit der BRD teilzunehmen, um die Beziehung der Teilstaaten zu stärken. „Wenn die Regierung der Bundesrepublik nach vorn blickt, Mut und Entschlossenheit zeigt, dann können Voraussetzungen für eine Regelung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland im Interesse des Friedens und der europäischen Sicherheit geschaffen werden.“¹⁵³ Daraufhin folgte die Amtszeit von Erich Honecker. In seiner Amtszeit kamen enorme Flüchtlingsströme aus der DDR in die BRD. Aus diesem Grund wurde unter

¹⁴⁹ Vgl. Ebd., S. 297.

¹⁵⁰ Vgl. Weber, DDR, S. 10.

¹⁵¹ Wissenschaftliche Dienste: Dokumentation. Wichtige Ereignisse in den deutsch-sowjetischen bzw. deutsch-russischen Beziehungen vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Ende der Blockkonfrontation, in: Deutscher Bundestag 013/16, Berlin 2016, S. 10.

¹⁵² Vgl. Erklärung von Willi Stoph (Erfurt, 19. März 1970), eine Dokumentation, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, online im Internet: <https://www.cvce.eu/content/publication/2003/3/12/59f20b6c-e224-40aa-86e6-2226fd201c45/publishable_de.pdf>, 03. 07. 2015, [zugegriffen am 06. 09. 2018], Bonn 1970, S. 3.

¹⁵³ Erklärung Stoph, S. 13.

seiner Führung 1961 die Mauer gebaut, welche zusätzlich eine räumliche Distanz der Teilstaaten schuf.¹⁵⁴

In der BRD setzte sich Adenauer als Bundeskanzler für die Verbesserung der Lebensbedingungen in der DDR ein und befürwortete im März 1958 eine Koexistenz der beiden Staaten mit freiem Wirtschafts-, Menschen- und Meinungsverkehr.¹⁵⁵ Willy Brandt (1969-1974) lenkte zur Entspannungspolitik gegenüber der DDR ein. Unter ihm wurde die DDR anerkannt, jedoch nicht völkerrechtlich. Zusätzlich wurde stetig versucht die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern. Diese sogenannte Ostpolitik, oder auch ‚Wandel durch Annäherung‘ genannt, hatte den Erfolg, dass Grundvoraussetzungen für einen Interessensausaustausch geschaffen wurden und Barrieren zwischen den Staaten abgebaut werden konnten.¹⁵⁶ Willy Brandt war zudem verantwortlich für einen Neuanfang in der Ostpolitik. Durch den berühmten Kniefall in Warschau drückte er sein Bedauern über die polnischen Juden aus, welche im Zweiten Weltkrieg ermordet wurden. Unter ihm wurde der Moskauer Vertrag unterzeichnet, der die Sowjetunion und die BRD dazu verpflichtete den Frieden zu wahren und die Entspannungspolitik fortzusetzen. Daraufhin wurden weitere Ostverträge geschlossen.¹⁵⁷

Helmut Schmidt (1974-1982), der Nachfolger Brandts, beschäftigte sich eher mit den Problemen der Arbeitslosigkeit und der Währungsschwankungen in der BRD und weniger mit der Wiedervereinigung.¹⁵⁸ Jedoch legte auch er, genauso wie sein Nachfolger Kohl, großen Wert darauf, die Kommunikation mit der DDR aufrechtzuhalten, um die Lebensbedingungen in der DDR zu verbessern. In Schmidts Amtszeit kam es zu Vereinbarungen für Kultur-, Sport- und Städtepartnerschaften zwischen den beiden Ländern.¹⁵⁹ Im Oktober 1982 wurde unter Kohl die „[...] Europapolitik und Deutschlandpolitik mit dem Ziel der Vollendung der nationalen Einheit in freier Selbstbestimmung [...] als zwei Seiten derselben Medaille behandelt.“¹⁶⁰ Unter Kohl kam es schließlich zur deutschen Wiedervereinigung.

¹⁵⁴ Vgl. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 33.

¹⁵⁵ Vgl. Ebd., S. 252.

¹⁵⁶ Vgl. Ebd., S. 253.

¹⁵⁷ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), 40 Jahre Warschauer Vertrag, online im Internet: <<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/68933/40-jahre-warschauer-vertrag-06-12-2010>>, 06. 12. 2010, [zugegriffen am 03. 09. 2018].

¹⁵⁸ Vgl. Dennis; Steinert, Deutschland, S. 18.

¹⁵⁹ Vgl. Dennis; Steinert, Deutschland, S. 19.

¹⁶⁰ Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Helmut Kohl, Deutschlandpolitik der Regierung Kohl, online im Internet: <<http://www.helmut-kohl.de/index.php?msg=442>>, [zugegriffen am 03. 09. 2018].

3.3.2.2 Grundaussagen der Teilstaaten zu einer Wiedervereinigung

Um eine Bewertung vorzunehmen, ist es wichtig die jeweiligen Grundaussagen und Vorstellungen einer Wiedervereinigung der Teilstaaten zu kennen. „In den folgenden Jahren richtete sich die Politik der SED vor allem darauf, diesem Staat eine sozialistische Eigenentwicklung zu ermöglichen, die nicht mehr Rücksicht auf eine mögliche Wiedervereinigung nahm und die sich zugleich ganz eng an die Sowjetunion anlehnte.“¹⁶¹ Honecker betonte bei seinem Besuch in der Bundesrepublik im September 1987, dass eine Vereinigung zwischen einem sozialistischen und einem kapitalistischen Staat niemals stattfinden könne.¹⁶² Ergänzend dazu wollten auch Gorbatschow und seine Berater keine Wiedervereinigung Deutschlands.¹⁶³ Dem Interesse der Sowjetunion wurde Folge geleistet, da die DDR die Rolle einnahm, als „[...]Verkünder und als Vollstrecker sowjetischer Deutschlandpolitik zu fungieren.“¹⁶⁴ Die DDR war demzufolge sehr stark an der Sowjetunion orientiert und distanzierte sich von einer Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik.

Die BRD sah die DDR als Staat ohne jegliche Legitimation und deshalb ohne Voraussetzung für die Staatlichkeit an. Aus diesem Grund konnte die Wiedervereinigung nicht als gemeinsames Projekt gesehen werden. Daraus ergibt sich, dass die Wiedervereinigung sich nicht als solche, sondern als ein Anschluss der DDR an die BRD vorgestellt wurde.¹⁶⁵

3.3.2.3 Alleinvertretungsanspruch

Zum Thema des Alleinvertretungsanspruchs ist bei beiden Staaten ein Wandel zu beobachten. Im Jahr 1949 war in der DDR noch die Rede davon, dass es nur eine deutsche Staatsangehörigkeit gäbe. Einige Jahre später, 1967, bestand man jedoch auf die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik und forderte auch zu einer Anerkennung dieser auf. Somit hat sich die DDR-Führung klar von der BRD abgegrenzt – dies steht im Widerspruch zu einer Wiedervereinigung.¹⁶⁶

¹⁶¹ Pfeiler, Wolfgang: Die deutsche Frage in der Sicht von UdSSR und DDR, in The Johns Hopkins University Press on behalf of the German Studies Association, Baltimore 1980, S. 225-260, S. 239.

¹⁶² Vgl. Dennis; Steinert, Deutschland, S. 20.

¹⁶³ Vgl. Ebd., S. 22.

¹⁶⁴ Pfeiler, Frage, S. 239.

¹⁶⁵ Vgl. Yang, Hyun-Mo: Deutsche Einheit und die Wiedervereinigung Koreas. Eine vergleichende Untersuchung über die Einigungspolitik geteilter Länder, Seoul 1994, S. 234.

¹⁶⁶ Vgl. Friedrich, Volk, S. 138 f.

1955 verkündete Chruschtschow die „Zwei-Staaten-Theorie“. Darin hieß es: „[...] <<auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches [sind] zwei souveräne deutsche Staaten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ordnung entstanden.>>“¹⁶⁷ Die Bundesrepublik sprach sich von Beginn an gegen die Anerkennung der DDR aus. In der Hallstein-Doktrin wurde der Alleinvertretungsanspruch festgeschrieben. Darin trat die BRD als Rechtsnachfolgerin für das Deutsche Reich ein. Sie beendete jegliche diplomatischen Beziehungen mit jenen Staaten, welche die DDR anerkannten.¹⁶⁸ Doch auch dies wandelte sich indem Brandt 1970 die Existenz der DDR anerkannte, dennoch wie seine Vorgänger eine völkerrechtliche Anerkennung ausschloss.¹⁶⁹ Anlehnend an dieser Wendung, erkannten sich SPD und SED 1987 gegenseitig an: „Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft.“¹⁷⁰

3.3.2.4 Programme und Verträge

Unter Erich Honecker wurden 1971 und 1972 einige Vereinbarungen mit der DDR getroffen, darunter auch die Viermächtevereinbarung für Berlin. Nachdem die BRD die Hallstein-Doktrin widerrief, wurden Beziehungen mit der DDR aufgenommen.¹⁷¹ Damit einher ging der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag von 1972.¹⁷²

Bedeutend für die Beziehung zwischen den Staaten war außerdem die Schlussakte der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)“¹⁷³ aus dem Jahr 1975. Diese thematisierte unter anderem Menschenrechte, Grundfreiheiten und die Gleichstellung von Staaten.¹⁷⁴

Willy Brandt verfolgte in der Bundesrepublik den Kurs „Wandel durch Annäherung“. Eine gute Beziehung zwischen den deutschen Staaten sollte zu einer Liberalisierung der DDR führen und die Wiedervereinigung möglich machen.¹⁷⁵ Brandt verkündete in seiner Regierungserklärung: „>>Zwanzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen<<.“¹⁷⁶

¹⁶⁷ Dienste, Dokumentation, S. 10.

¹⁶⁸ Vgl. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 252.

¹⁶⁹ Vgl. Dennis; Steinert, Deutschland, 15.

¹⁷⁰ Friedrich, Volk, S. 143.

¹⁷¹ Vgl. Dennis; Steinert, Deutschland, S. 16.

¹⁷² Vgl. Ebd., S. 13.

¹⁷³ Ebd., S. 155.

¹⁷⁴ Vgl. Ebd., S. 155.

¹⁷⁵ Vgl. Ebd., S. 15.

¹⁷⁶ Lee, Frage, S. 248.

Unter Schmidt wurden die Vereinbarungen für Kultur-, Sport- und Städtepartnerschaften geschlossen.¹⁷⁷ Die Ostpolitik unter Kohl bestand aus einem Geben und Nehmen. 1984 bürgte die BRD für einen Milliardenkredit der DDR; im Gegenzug wurden in der DDR Selbstschussanlagen abgebaut und die Todesstrafe reduziert.¹⁷⁸ Kohl verknüpfte die Europapolitik mit der Deutschlandpolitik. Denn die Situation in Deutschland hatte große Auswirkungen auf den Erhalt des Friedens in Europa.

3.3.2.5 Wandel durch Annäherung

In den Unterkapiteln ‚Regierungswechsel‘ und ‚Programme und Verträge‘ wurde bereits der Wandel, welcher durch Brandts Entspannungspolitik hervorgerufen wurde, beschrieben. „Wandel durch Annäherung hieß das Motto, das seit Bahrs und Brandts Reden vor der Evangelischen Akademie in Tutzing die ersten ostpolitischen Schritte in der geteilten Stadt begleitete.“¹⁷⁹ Willy Brandt bettete seine Politik des ‚Wandels durch Annäherung‘ in die Ostpolitik ein. Dabei verfolgte US-Präsident Kennedy eine Strategie zur Entspannung und des Friedens mit der Sowjetunion.¹⁸⁰ Die Ostpolitik von Willy Brand führte in den Jahren 1970 bis 1974 zu den Verträgen mit Moskau und Warschau sowie zum Grundlagenvertrag mit Ost-Berlin und somit der DDR.¹⁸¹ Dabei lässt sich eine bewusste Annäherung an die Sowjetunion erkennen. Nicht die Beseitigung, sondern die Veränderung der kommunistischen Herrschaft stellte die Grundthese bei diesem Konzept der Annäherung dar.¹⁸² Brandt und Bahr war bewusst geworden, dass die bisherige Vereinigungspolitik von einer Alles-oder-Nichts-Entscheidung geprägt war. Das neue Ziel war es, einen Prozess in Gang zu setzen, welcher sich schrittweise einer Wiedervereinigung näherte. Ihnen war bewusst, dass dies nur mit dem DDR-Regime zu erreichen war. Ein Einmischen der Sowjetunion, welche die DDR weiter als ‚Vollstrecker‘ ihrer Politik gebrauchen wollte, hätte den Prozess zum Scheitern verurteilt. Dabei wurde anfangs das Hauptaugenmerk auf die Entwicklung von Handelsbeziehungen gesetzt, um die Lebensbedingungen in der DDR zu verbessern. Im Gegensatz zu dem zuvor erwähnten Alles-oder-Nichts-Prinzip handelte es sich nun um ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Ein Beispiel dafür ist, dass die BRD der DDR weitere Kredite

¹⁷⁷ Vgl. Dennis; Steinert, Deutschland, S. 19.

¹⁷⁸ Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Helmut Kohl, Deutschlandpolitik der Regierung Kohl, online im Internet: <<http://www.helmut-kohl.de/index.php?msg=442>>, [zugegriffen am 03. 09. 2018].

¹⁷⁹ Merseburger, Peter: Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit. Vortrag am 28. Januar 2009 in Lübeck, in: Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung Heft 19, Berlin 2009, S. 21.

¹⁸⁰ Vgl. Merseburger, Ostpolitik, S. 19.

¹⁸¹ Vgl. Ebd., S. 14.

¹⁸² Vgl. Lee, Frage, S. 248.

ermöglichte, woraufhin diese die Selbstschussanlagen entlang der Mauer abbaute.¹⁸³ „Die neue Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts ebnete schließlich den Weg zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) [...]“.¹⁸⁴ Der Kurs, den Willy Brandt damit einschlug, ermöglichte auch das Viermächteabkommen über Berlin.¹⁸⁵ Zur deutschen Wiedervereinigung kam es zwar erst Jahre später, man kann aber anhand der zuvor genannten Annäherung deutlich herausstellen, dass der ‚Wandel durch Annäherung‘ und somit die Ostpolitik großen Einfluss auf die Annäherung der Staaten und letztlich die Wiedervereinigung hatte.

3.3.2.6 Zusammenbruch der DDR und Wiedervereinigung

Der Zusammenbruch der DDR resultierte aus strukturellen Schwächen.¹⁸⁶ Ausgehend von der Planwirtschaft, welche an dem Wirtschaftssystem der Sowjetunion orientiert war, gab es keine neuen Innovationen. Dies verhinderte eine Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Markt. Hinzu kam, dass die Sowjetunion hohe Militärausgaben zu verzeichnen hatte und die DDR unter Gorbatschow Reformen unterzogen wurden. Aus Angst vor Reformen und der Tatsache, dass in Moskau die Deutschlandpolitik überdacht wurde, wendete sich die SED von Gorbatschow ab. „Gorbatschows Werben um Westeuropa und sein Wunsch nach westdeutscher Unterstützung bei der wirtschaftlichen Modernisierung der Sowjetunion ließ für die weitere Existenz der DDR das Schlimmste ahnen.“¹⁸⁷ Eine weitere Schwäche der DDR waren die Flüchtlingsströme, welche 1989 durch die offenen Grenzen zu Ungarn stark anwuchsen. Nachdem die Grenzen geöffnet waren, bat die deutsche Regierung ihre Hilfe an, wenn die DDR im Gegenzug Reformen in Politik und Wirtschaft vornahm. Nachdem das Volk eine Vereinigung forderte („Wir sind ein Volk“), initiierte man die Wiedervereinigung, welche im historischen Kontext dieser Arbeit umrissen wurde.¹⁸⁸

3.3.3 Bewertung der Beziehungen

Ein Vergleich wird Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzeigen.

Hinsichtlich der Regierungswechsel in den Teilstaaten gibt es viele Gemeinsamkeiten zwischen Korea und Deutschland. In der DDR und in Nordkorea gab es keine

¹⁸³ Vgl. Merseburger, Ostpolitik, S. 21 - 26.

¹⁸⁴ Ebd., S. 26 f.

¹⁸⁵ Vgl. Ebd., S. 27.

¹⁸⁶ Vgl. Dennis; Steinert, Deutschland, S. 21.

¹⁸⁷ Ebd., S. 22.

¹⁸⁸ Vgl. Ebd., S. 21 ff.

überraschenden Macht- oder Kurswechsel. Die SED war bis zum Fall der Mauer die Regierungspartei und in Nordkorea bildete sich die Familiendynastie nach dem Vorbild von Kim Il Sung, welche bis heute besteht.¹⁸⁹ In der BRD und Südkorea hingegen fanden diverse Machtwechsel und deutliche Kursänderungen statt. Die verschiedenen Präsidenten vertraten vor allem in Südkorea diverse Sichtweisen hinsichtlich einer Wiedervereinigung¹⁹⁰. Auch in der BRD unternahm die Bundeskanzler unterschiedliche Anstrengungen hin zu einer Vereinigung. Es ist jedoch klar herauszustellen, dass die BRD und Südkorea einige Versuche unternahm, eine Wiedervereinigung anzustreben. Beide Staaten initiierten dafür bedeutende Programme, welche zu einem Wandel in der Wiedervereinigungspolitik geführt haben. Dies wurde durch die ‚Sonnenscheinpolitik‘¹⁹¹ unter Kim Dae-jung und der Entspannungspolitik ‚Wandel durch Annäherung‘¹⁹² unter Brandt möglich.

Die Grundaussagen der Staaten zur Wiedervereinigung zeigen deutliche Unterschiede auf. In Korea haben beide Teilstaaten große Anstrengungen für eine Wiedervereinigung unternommen. Da sich die beiden Systeme nicht aufeinander einließen, kam es bis heute zu keiner Einigung. Für Nordkorea muss dabei angemerkt werden, dass die Regierung allein durch die Isolation des Landes und die Ungewissheit der Bürger bezüglich der Lebensumstände außerhalb Nordkoreas stabil bleibt.¹⁹³ In Deutschland waren die Sichtweisen andere. Die DDR hatte kein Interesse an einer Wiedervereinigung. Diese Einstellung war stark mit dem sowjetischen Einfluss verbunden. Die Sowjetunion stellte die Schutzmacht der DDR dar, aus diesem Grund wollte und konnte man sich nicht von dieser abwenden.¹⁹⁴ Die BRD stellte sich eine Wiedervereinigung als einen Anschluss der DDR an die BRD vor.¹⁹⁵

Weitere Unterschiede sind bei dem Alleinvertretungsanspruch der Staaten zu erkennen. In Korea beharren beide Teilstaaten darauf, die „[...] einzig legitime Regierung auf der koreanischen Halbinsel [...]“¹⁹⁶ zu sein. Hinzu kommt die gegenseitige Schuldzuweisung beider Staaten bezüglich des Beginns des Koreakriegs. Dieses Argument stützt den jeweiligen Alleinvertretungsanspruch, da der jeweils andere Teilstaat als nicht legitim

¹⁸⁹ Vgl. Stöver, Geschichte, S. 163.

¹⁹⁰ Vgl. siehe oben S. 14 f.

¹⁹¹ Vgl. siehe oben S. 20 und Kern; Köllner, Südkorea, S. 295.

¹⁹² Vgl. siehe oben S. 24 f. und Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 253

¹⁹³ Vgl. Anders, Korea, S. 247.

¹⁹⁴ Vgl. Pfeiler, Frage, S. 239.

¹⁹⁵ Yang, Einheit, S. 234.

¹⁹⁶ Kern; Köllner, Südkorea, S. 290.

und als Verantwortlicher der Teilung dargestellt wird. Der Alleinvertretungsanspruch in Deutschland hat einen Wandel vollzogen. Beide Staaten bestanden anfangs auf diesen Anspruch. Die DDR stellte zu einem späteren Zeitpunkt die Forderung, dass ihre Bürger als offizielle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik anerkannt werden sollten. Damit wurde ein Trennungsstrich zwischen den Staaten gezogen. Die BRD erkannte die Existenz der DDR später an. Existenziell für die gegenseitige Anerkennung war dabei das Einverständnis beider Staaten, dem jeweils anderen Staat die Existenzberechtigung nicht abzusprechen.¹⁹⁷

In der Kategorie der Programme und Verträge gab es sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten. In Korea haben beide Teilstaaten Programme und Vorschläge zur Wiedervereinigung initiiert, die eine Wiedervereinigung anstrebten. Dabei nahm Deutschland eine Vorbildfunktion ein, da Südkorea das Ministerium für Nationale Wiedervereinigung am Beispiel Deutschlands einrichtete.¹⁹⁸ Die ‚Sonnenscheinpolitik‘ von Südkorea weist viele Gemeinsamkeiten mit der Wiedervereinigungspolitik von Brandt auf. Sowohl in Korea als auch in Deutschland wurden die Versuche einer Wiedervereinigung von den USA initiiert oder durch äußeren Druck hervorgerufen. Die BRD und Südkorea waren, wie im Kapitel zum sozio-ökonomischen und demographischen Vergleich beschrieben, wirtschaftlich stärker und aus diesem Grund durchaus in der Lage dem anderen Teilstaat zu helfen. Südkorea setzte sich aus diesem Grund dafür ein, dass die USA ihre Sanktionen gegen Nordkorea einstellte, um ihnen einen erfolgreichen Außenhandel zu ermöglichen.¹⁹⁹ Die BRD versuchte mit verschiedenen Mitteln die Lebensbedingungen der DDR-Bürger zu verbessern.

Die größten Parallelen weisen die Programme zur Annäherung der ‚Sonnenscheinpolitik‘ und des ‚Wandels durch Annäherung‘ auf. Südkorea stellte fest, dass ein möglicher Zusammenbruch Nordkoreas nicht im Interesse des Landes läge und entschied sich deshalb für die Umsetzung der ‚Sonnenscheinpolitik‘. „Mit Hilfe der Sonnenscheinpolitik sollte versucht werden, die bisherige Null-Summen-Beziehung zwischen Norden und Süden zu überwinden und Pjongyangs Verhaltensmuster von konfliktiv auf kooperativ umzustellen.“²⁰⁰ Brandt schloss sich mit dem ‚Wandel durch Annäherung‘ der Ostpolitik der USA an. Dabei sollte insbesondere Frieden und Entspannung mit der Sowjetunion

¹⁹⁷ Vgl. Friedrich, Volk, S. 143.

¹⁹⁸ Vgl. Yang, Einheit, S. 239.

¹⁹⁹ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 295.

²⁰⁰ Kern; Köllner, Südkorea, S. 295.

erzielt werden.²⁰¹ In beiden Programmen ging es darum, den anderen Teilstaat wirtschaftlich miteinzubeziehen und zu Reformen zu bewegen. Das Ziel war es, eine langfristige Annäherung zu ermöglichen und die Kommunikation zwischen den Staaten zu steigern. Der Prozess der Annäherung sollte schrittweise aufgebaut werden und folgte dem Prinzip des Gebens und Nehmens. Beispiele dafür waren der Abbau der Selbstschussanlagen und das Einstellen der Arbeit an Langstreckenraketen. Sowohl Südkorea als auch die Bundesrepublik begriffen, dass sie sich dem jeweils anderen Teilstaat annähern müssten, um eine stabile Beziehung aufbauen zu können. In Korea entwickelte sich dadurch eine Kommunikation zwischen den Staaten, in Deutschland wurde der Grundstein für die Wiedervereinigung gelegt.

Ein bedeutender Unterschied zwischen den beiden Ländern ist die Tatsache, dass Deutschland im Gegensatz zu Korea bereits wiedervereinigt wurde. Die DDR zeigte strukturelle Schwächen auf, war wirtschaftlich nicht konkurrenzfähig, stark abhängig von der Sowjetunion, hatte das Problem enormer Flüchtlingsströme und die Bevölkerung war durch einen starken Wunsch nach Freiheit und Vereinigung geprägt. Nordkorea initiierte von Beginn an eine eigene Regierung. Diese war zu keinem Zeitpunkt so stark abhängig von der Sowjetunion, zusätzlich verliefen die Flüchtlingsströme weniger zwischen den Teilstaaten Koreas, sondern vielmehr in Richtung China und Vietnam. Der Bau der Mauer diente, anders als in Deutschland, nicht zur Eindämmung dieser Flüchtlingsströme.²⁰² Hinzu kommt, dass der Wunsch nach Wiedervereinigung nicht dieselbe Stärke wie der der Deutschen aufweist: „Die Mehrheit der südkoreanischen Bevölkerung gehört heute nicht mehr zur Kriegsgeneration, sondern bereits zur Nachkriegsgeneration, die sich der Notwendigkeit einer Wiedervereinigung nicht mehr deutlich bewußt ist.“²⁰³

4. Bewertung der Vergleichbarkeit beider Situationen

Die Bewertung der Vergleichbarkeit baut auf den zuvor herausgearbeiteten Analysen auf. Die Situationen in Korea und Deutschland lassen sich deutlich miteinander in Verbindung setzen. Südkorea und die BRD haben sich nach dem Vorbild der Schutzmacht der USA gebildet. Nordkorea und die DDR orientierten sich konträr dazu am Vorbild der

²⁰¹ Vgl. Vgl. Merseburger, Ostpolitik, S. 19.

²⁰² Vgl. Stöver, Geschichte, S. 169.

²⁰³ Kim, Deutsche, S. 183.

Sowjetunion. Dabei bleibt zu berücksichtigen, dass die DDR – im Gegensatz zu der autarken Regierung Nordkoreas, welche sich weder nach der Sowjetunion richten, noch deren Reformen befolgen musste – sehr stark an die Sowjetunion gebunden war. Die außen- und sicherheitspolitischen Prinzipien sind demzufolge durchaus ähnlich. Es wird, wie bei den Teilungsursachen bereits erwähnt, deutlich, dass die Staaten in einen Systemkonflikt zwischen der Sowjetunion und der USA gerieten.

Die Vorstellungen über eine Wiedervereinigung stimmen bei Nordkorea, Südkorea und der BRD im Grunde überein – sie stellen sich einen Anschluss des jeweilig anderen Teilstaates als Vereinigung vor. Die DDR hingegen war nicht an einer Vereinigung interessiert und orientierte sich mehr an der Sowjetunion als an der BRD.

Sozio-ökonomisch hatten Südkorea und die BRD insgesamt eine vorteilhaftere Stellung und waren Nordkorea und der DDR voraus. Der Unterschied liegt dabei darin, dass das Wohlfahrtsgefälle in Korea größer ist, als es in Deutschland war. Hinzu kommen größere Differenzen zwischen Nord- und Südkorea, als sie zwischen der DDR und der BRD vorzufinden waren. Der Koreakrieg, für welchen sich die Teilstaaten gegenseitig verantwortlich machen, führte zu einer endgültigen Teilung des Landes. Insbesondere durch die Mittel von Gewalt durch beispielsweise Terroranschläge oder den Einsatz von Spionen²⁰⁴, versuchten die Teilstaaten sich gegenseitig unter Druck zu setzen und Angst in der Bevölkerung zu schüren. Die Entfremdung der Bevölkerung der Teilstaaten ist in Korea deutlich größer als im geteilten Deutschland. Allein die Einführung einer anderen Zeitrechnung in Nordkorea verdeutlicht die Isolation und Abspaltung des Landes.²⁰⁵ Des Weiteren handelt es sich bei der koreanischen Bevölkerung um eine Nachkriegsbevölkerung, da die Teilung des Landes bereits sehr lange anhält. Der Drang einer Wiedervereinigung ist geringer als der der Deutschen.²⁰⁶ In der DDR setzte die Bevölkerung die Regierung mit Demonstrationen unter Druck und drängte diese zu Reformen, welche schließlich zur Lockerung des Reisegesetzes führten.²⁰⁷ Diese revolutionären Kräfte sind in Nordkorea nicht vorhanden²⁰⁸. Unter anderem ist es fraglich, ob Demonstrationen auf offener Straße überhaupt möglich wären oder vom Militär niedergeschlagen werden würden.

²⁰⁴ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 288.

²⁰⁵ Vgl. Stöver, Geschichte, S. 166.

²⁰⁶ Vgl. Kim, Deutsche, S. 183.

²⁰⁷ Vgl. Bundeszentrale, Aufstand.

²⁰⁸ Vgl. Kern; Köllner, Südkorea, S. 304.

In den politischen Entwicklungen sind Gemeinsamkeiten zu erkennen. Südkorea führte, wie bereits erwähnt, das Ministerium für Nationale Wiedervereinigung am Beispiel des Bundesamts für Innerdeutsche Beziehungen ein.²⁰⁹ Beiden Staaten waren außerdem bestrebt, den anderen Teilstaat schrittweise zu verändern, um eine wirtschaftliche Anpassung zu ermöglichen. Wie bereits erwähnt, wäre die südkoreanische Wirtschaft bei einem Zerfall Nordkorea vermutlich nicht in der Lage die fehlende Wirtschaftskraft Nordkoreas aufzufangen. Die Bundesrepublik schloss sich der Ostpolitik der USA an und entwickelte das Konzept des ‚Wandels durch Annäherung‘. Südkorea folgte dem deutschen Vorbild und entwickelte die ‚Sonnenscheinpolitik‘.²¹⁰ Wie bereits erwähnt sind sich diese beiden Konzepte sehr ähnlich und führten in beiden Fällen zu einer Annäherung der Staaten und einer besseren Kommunikation.

Zwar wurde in beiden Staaten eine Mauer zur Verdeutlichung der Teilung errichtet, jedoch wurden grundsätzlich unterschiedliche Absichten verfolgt. In Korea dient die Mauer als demilitarisierte Zone und wurde als Schutz vor weiteren gegenseitigen Überfällen und einer möglichen Fortsetzung des Koreakriegs errichtet. Die Berliner Mauer in Deutschland diente in erster Linie dazu, den Flüchtlingsstrom²¹¹ von Ost- nach Westberlin einzudämmen.

Anhand der Bewertung der Vergleichbarkeit lässt sich klar herausstellen, dass die Teilungssituationen in vielen Aspekten verglichen werden können und einige Parallelen aufzeigen.

5. Prognosen für Nord- und Südkorea

Die Anführung verschiedener Prognosen für die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea sollen nur einen kurzen informativen Ausblick für den Leser geben. Dies soll ohne Bezugnahme auf Deutschland geschehen. Durch die Entfremdung der Bevölkerung und der fehlenden revolutionären Kräfte bleibt eine Wiedervereinigung durch das Volk weitgehend unwahrscheinlich. Die humanitäre und wirtschaftliche Situation Nordkoreas ist schlecht und wird Hilfe von außen benötigen. In Form von Hilfeleistungen könnten Annäherungen zwischen Nord- und Südkorea folgen. „There is growing evidence that North Korea is serious about opening to the west, and that it desires normal political and

²⁰⁹ Vgl. Yang, Einheit, S. 239.

²¹⁰ Vgl. Gerschewski, Sonnenscheinpolitik, S. 5.

²¹¹ „Zwischen 1949 und 1961 flohen oder übersiedelten 2.687.000 Menschen aus dem ostdeutschen in den westdeutschen Staat. Die DDR verlor rund 15% ihrer Bewohner.“ Friedrich, Volk, S. 138.

economic relations with the rest of the world. ²¹² Wie in Kapitel 3.2 erwähnt, könnten bessere Außenbeziehungen und ein besserer Außenhandel das Land entwicklungstechnisch fördern. Eine Öffnung des Landes aus diesen Gründen scheint plausibel. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation hängt viel davon ab „[...] ob es sich um eine konsensuelle oder um eine konfliktive, um eine schrittweise oder eine rasante Vereinigung handelt [...] und welches Wohlstandsniveau im Norden zunächst anvisiert wird.“²¹³ Bei einer Vereinigung durch den Zusammenbruch eines der beiden Teilstaaten würde das enorme Kosten verursachen, welche den Prozess zu einer Wiedervereinigung beeinflussen. Die ‚Sonnenscheinpolitik‘ ist eines der Resultate aus dieser Erkenntnis. Durch die wirtschaftliche stärkere Stellung Südkoreas würde es bei einer Wiedervereinigung zu einer enormen Migrationsbewegung von Nord nach Süd kommen.²¹⁴ Experten gehen davon aus, „[...] dass es kurz- bis mittelfristig nicht zu einer Vereinigung kommen wird.“²¹⁵ Eine Wiedervereinigung Koreas scheint nur möglich, „[...] wenn beide koreanischen Staaten bereit sind, die andere Seite als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren und zugunsten der Unabhängigkeit und Einheit der koreanischen Nation von eigenen Maximalforderungen abzurücken.“²¹⁶ Dafür müssten beide Länder ihre Machtansprüche aufgeben und ihre Alleinvertretungsansprüche zurücknehmen. Das Ende der Familiendynastie in Nordkorea würde durch den Kontrollverlust über die Bevölkerung und der Wandlung im politischen System die größte Veränderung hervorbringen. An dieser Stelle ist festzuhalten, dass keine genaue Prognose hinsichtlich der Wiedervereinigung gegeben werden kann. Die Beziehungen zwischen den Teilstaaten ist nicht etabliert, somit könnten Missverständnisse oder Zufälle, z.B. Militärmanöver, zu schnellen Veränderungen oder einem Abbruch der Wiedervereinigungspolitik führen. „Egal jedoch, wann der Zeitpunkt genau ist; die Vereinigung der beiden koreanischen Staaten wird kommen und die wird nicht nur die Koreaner in Atem halten.“²¹⁷

6. Fazit

Die vorherigen Vergleiche und Analysen zeigen sowohl Parallelen als auch Unterschiede zwischen Deutschland und Korea auf. Die Teilungsursachen in beiden Ländern ähneln sich in vielen Aspekten. Beide unterstanden mit der Sowjetunion und den USA den

²¹² Kang, Relations, S. 314.

²¹³ Kern; Köllner, Südkorea, S. 302.

²¹⁴ Vgl. Ebd., S. 303.

²¹⁵ Ebd., S. 304.

²¹⁶ Lee, Frage, S. 201.

²¹⁷ Kern; Köllner, Südkorea, S. 304.

gleichen Schutzmächten und gerieten in den Systemkonflikt dieser Staaten. Der Ursprung beider Teilungen liegt im Zweiten Weltkrieg. Korea wurde 1945 von der Besetzung durch die Japaner befreit und zwischen der USA und der Sowjetunion aufgeteilt. Der Koreakrieg, welcher ein Stellvertreterkrieg des Kalten Kriegs zwischen der Sowjetunion und den USA war, verstärkte die Teilung des Landes. Deutschland wurde im Zweiten Weltkrieg besiegt und daraufhin ebenfalls aufgeteilt. Auch im sozio-ökonomischen und demographischen Vergleich bestehen durchaus Parallelen. In den Teilstaaten Koreas und Deutschlands standen sich die Planwirtschaft und die soziale Marktwirtschaft gegenüber. Die Planwirtschaft war in beiden Fällen, sowohl in der DDR als auch in Nordkorea, nicht gewinnbringend. In Südkorea und der BRD war die Marktwirtschaft, dank den USA, erfolgreich. Insbesondere in der BRD konnte die Marktwirtschaft als zielführend angesehen werden, da der Teilstaat im Laufe der Zeit nicht mehr auf die Wirtschaftshilfen der USA angewiesen war. Auch wenn die Bevölkerung der DDR mit Güterknappheit auskommen musste, gestaltete sich die humanitäre Lage in Nordkorea deutlich schlechter. Es kam dort zu zahlreichen Hungersnöten, welche den Tod zahlreicher Menschen zur Folge hatten. Außerdem führte die Planwirtschaft sowohl in der DDR als auch in Nordkorea zu einer technologischen Rückständigkeit. Folglich waren beide Staaten auf dem internationalen Markt nicht wettbewerbsfähig. Die Teilung der Staaten erfolgte nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern wurde auch räumlich durch die Errichtung einer Mauer unterstrichen.

Hinsichtlich der Beziehungen zwischen den Teilstaaten bestehen die größten Gemeinsamkeiten. Die Einstellungen zu einer Wiedervereinigung waren bei Nord-, Südkorea und der BRD ähnlich. Im Fokus stand dabei die Vereinigung zu einem Staat unter der jeweils eigenen Führung. Die DDR orientierte sich konträr dazu an der Sowjetunion, aus diesem Grund wies die Regierungspartei kein deutliches Interesse an einer Wiedervereinigung auf. Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen Korea und Deutschland ist der Alleinvertretungsanspruch, wobei die BRD und die DDR dabei einen Wandel vollzogen haben. Die Vereinigungspolitik von Südkorea und Deutschland ist sich in Teilen sehr ähnlich. Das Ministerium für Nationale Wiedervereinigung wurde nach deutschem Vorbild eingerichtet. Die ‚Sonnenscheinpolitik‘ weist große Übereinstimmungen mit dem ‚Wandel durch Annäherung‘ im Zuge der Ostpolitik unter Kohl auf. Dabei kann Deutschland eine Vorbildfunktion zugeschrieben werden. Bei der DDR und in Nordkorea sind strukturelle Schwächen deutlich zu erkennen.

Trotz zahlreicher Parallelen sind die Situationen beider Staaten nicht gänzlich miteinander vergleichbar. Dies wird anhand der folgenden Unterschiede deutlich: Das Nationalgefühl unterscheidet sich stark. Die Teilung und der Koreakrieg haben Korea auch in den Köpfen der Bevölkerung stark gespalten, wohingegen die deutsche Bevölkerung permanent eine Wiedervereinigung anstrebte. Dieses Zugehörigkeitsverhältnis der Deutschen ist vor allem an den starken Fluchtbewegungen von Ost- nach Westdeutschland zu erkennen. Daraus lässt sich schließen, dass auch den Mauern zwischen den geteilten Staaten eine unterschiedliche Bedeutung zukommt. In Deutschland wurde die Mauer mit der Absicht errichtet, die anwachsenden Flüchtlingsströme aus der DDR einzudämmen. Im Gegensatz dazu teilt die Mauer in Korea nicht nur eine Stadt, sondern das gesamte Land. Besonders durch die Errichtung einer demilitarisierten Zone entlang der Grenze zwischen Nord- und Südkorea, wirkt die Teilung endgültig. Das Ausmaß und die Ursache des Mauerbaus in Korea und Deutschland unterscheiden sich demzufolge stark. Betrachtet man die Wirtschaftsgeschichte beider Staaten, wird ersichtlich, dass Deutschland, dank des Wirtschaftswunders, keine Hilfe der USA mehr in Anspruch nehmen musste und in der Lage war, eine Wiedervereinigung wirtschaftlich aufzufangen. In einer derartig guten wirtschaftlichen Lage befinden sich weder Nord- noch Südkorea. Die nordkoreanische Regierung ist deutlich gefestigter. Denn sie ist, im Gegensatz zu der von der Sowjetunion abhängigen DDR, autark. Nordkorea wurde vom Zusammenfall der Sowjetunion hauptsächlich wirtschaftlich getroffen, die Bestandsfähigkeit des Staates und die politische Macht war nicht gefährdet. Durch das starke Zugehörigkeitsbedürfnis innerhalb der deutschen Bevölkerung waren in der DDR zahlreiche Menschen gewillt zu demonstrieren. Dies ließ revolutionäre Kräfte erkennen. In Nordkorea zeichnet sich keine Mobilisierung der Gesellschaft ab, was insbesondere auf die Kontrolle des Staates und die Isolation des Landes zurückzuführen ist.

Abschließend ist festzuhalten, dass zwar sowohl Parallelen als auch Unterschiede bestehen, die Unterschiede jedoch ausschlaggebender sind. Eine Wiedervereinigung in Korea würde höchstwahrscheinlich nicht friedlich verlaufen, da keiner der beiden Staaten freiwillig bereit wäre, den anderen gleichwertig zu akzeptieren, seinen Alleinvertretungsanspruch zurückzunehmen und somit seinen Machtanspruch zu verlieren. Dennoch entstanden in Korea Annäherungen, welche auch in Zukunft weiter ausgebaut und vertieft werden sollen. Dank der ‚Sonnenscheinpolitik‘ gibt es gute

Aussichten auf bessere wirtschaftliche Verhältnisse im Norden des Landes und eine stabilere Kommunikation zwischen Nord- und Südkorea. Das Problem dabei ist, dass die Beziehungen noch nicht gefestigt sind und besondere Ereignisse zu einer Unterbrechung der Kommunikation zwischen beiden Teilstaaten führen könnten. Eine Wiedervereinigung einzig aufgrund der Parallelen zu Deutschland erscheint nicht aussichtsreich.

In Bezug auf die Leitfrage, ob eine Bewertung der Parallelen der Situationen Gesamtdeutschlands und Gesamtkoreas eine Tendenz für ähnliche Perspektiven der Wiedervereinigung Koreas erkennen lässt, kann nicht bestätigt werden. Die ausführlich beschriebenen Parallelen zur Teilungssituation in Deutschland und die Entwicklung der Annäherung Südkoreas an Nordkorea zeigen eine vorbildhafte Funktion Deutschlands im Hinblick auf eine Annäherung zwischen den koreanischen Teilstaaten auf.

7. Literaturverzeichnis

Printliteratur

- Anders, Conrad: Korea, München 1988.
- Dennis, Mike; Steinert, Johannes-Dieter: Deutschland 1945 - 1990. Von der bedingungslosen Kapitulation zur Vereinigung, Schwalbach/Ts. 2005.
- Friedrich, Wolfgang-Uwe: "Wir sind ein Volk" die Deutschen und die deutsche Einheit, 1945-1990, in: The John Hoping University Press on behalf of the German Studies Association, Baltimore 1992, S. 313 - 162.
- Gerschewski, Johannes: Von der „Sonnenscheinpolitik“ zur „Politik für Frieden und Wohlstand“. Wandel durch Annäherung auf der Koreanischen Halbinsel?, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, DiskussionspapierFG7, 2007/02, Berlin 2007.
- Gey, Peter: Südkorea 2002 und 2004: Das Establishment wird abgewählt, Friedrich-Ebert-Stiftung: Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Seoul 2004.
- Gupta, Karunakar: How Did the Korean War Begin?, in: The China Quarterly, No. 52, 1972, S. 699 - 716.
- Hansen, Reimer: Die Kapitulation und die Regierung Dönitz, in: Becker, Winfried (Hg.): Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland. Symposion an der Universität Passau 30.-31. 10. 1985, Köln 1987, S. 31 - 43.
- Kang, David C.: International Relations Theory and the Second Korean War, in: International Studies Quarterly, Vol. 47, 2003, S. 301 - 324.
- Kern, Thomas; Köllner, Patrick: Südkorea und Nordkorea. Einführung in Geschichte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Frankfurt/Main 2005.
- Kim, Hung-Hyon: Deutsche und Koreaner: Gemeinsamkeiten und Gegensätze. von Seoul nach Berlin, Seoul 1998.
- Kim, Myongsob; Parker, Suzanne L., Choi, Jun Young: Increasing Distrust of the USA in South Korea, in: International Political Science Review Vol. 27, 2006, S. 427 - 445.
- Krause, Günter: Wirtschaftstheorie in der DDR, Marburg 1998.
- Lee, Won-Myoung: Zur Frage der Nation und der Wiedervereinigung im geteilten Korea. Ein koreanischer Weg oder die Anwendung der Deutschland-Formel als Modus vivendi?, Seoul 1989.

- Mauß, Hanns W.: „Der Prozess der Entspannung auf der koreanischen Halbinsel“, in: Merseburger, Peter: Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit. Vortrag am 28. Januar 2009 in Lübeck, in: Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung Heft 19, Berlin 2009.
- Patrick Köllner (Hg.), Korea 2001. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Institut für Asienkunde, Hamburg 2001, S. 214 - 234.
- Pfeiler, Wolfgang: Die deutsche Frage in der Sicht von UdSSR und DDR, in The Johns Hopkins University Press on behalf of the German Studies Association, Baltimore 1980, S. 225 - 260.
- Plischke, Elmer: Integrating Berlin and the Federal Republic of Germany, in: The Journal of Politics, Vol. 27, 1965, S. 35 - 65.
- Steiniger, Rolf: Der vergessene Krieg. Korea 1950-1953, Rolf Steiniger, München 2006.
- Stöver, Bernd: Geschichte des Koreakriegs. Schlachtfeld der Supermächte und ungelöster Konflikt, München 2013.
- Weber, Hermann: DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1985, München 1986.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band. Bundesrepublik und DDR 1949-1990, München, 2008.
- Wissenschaftliche Dienste: Dokumentation. Wichtige Ereignisse in den deutsch-sowjetischen bzw. deutsch-russischen Beziehungen vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Ende der Blockkonfrontation, in: Deutscher Bundestag 013/16, Berlin 2016.
- Yang, Hyun-Mo: Deutsche Einheit und die Wiedervereinigung Koreas. Eine vergleichende Untersuchung über die Einigungspolitik geteilter Länder, Seoul 1994.

Onlineliteratur:

- Statista: Vergleich von West- und Ostdeutschland vor der Wiedervereinigung im Jahre 1988 bzw. 1989, online im Internet:
 <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249689/umfrage/vergleich-von-west-und-ostdeutschland-vor-der-wiedervereinigung/>>, 2018, [zugegriffen am 06. 09. 2018].
- Statistisches Bundesamt, Länderbericht Korea, Republik, Wiesbaden 1995.

- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Helmut Kohl, Deutschlandpolitik der Regierung Kohl, online im Internet: <<http://www.helmut-kohl.de/index.php?msg=442>>, [zugegriffen am 03. 09. 2018].
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Helmut Kohl, Deutschlandpolitik der Regierung Kohl, online im Internet: <<http://www.helmut-kohl.de/index.php?msg=442>>, [zugegriffen am 03. 09. 2018].
- Erklärung von Willi Stoph (Erfurt, 19. März 1970), eine Dokumentation, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, online im Internet: <https://www.cvce.eu/content/publication/2003/3/12/59f20b6c-e224-40aa-86e6-2226fd201c45/publishable_de.pdf>, 03. 07. 2015, [zugegriffen am 06. 09. 2018], Bonn 1970.
- Atomwaffen A-Z 2018: Nordkorea, online im Internet: <<https://www.atomwaffena-z.info/heute/atomwaffenstaaten/nordkorea.html>>, [zugegriffen am 30. 07. 2018].
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), 40 Jahre Warschauer Vertrag, online im Internet: <<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/68933/40-jahre-warschauer-vertrag-06-12-2010>>, 03. 09. 2018, [zugegriffen am 03. 09. 2018].
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): 15 Jahre Friedliche Revolution, online im Internet: <<http://www.bpb.de/apuz/28050/15-jahre-friedliche-revolution>>, 29. 09. 2004, [zugegriffen am 22. 07. 2018].
- Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): 1950: Beginn des Koreakriegs, online im Internet <<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/208700/koreakrieg>>, 25. 06. 2015, [zugegriffen am 18. 07. 2018].
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): 3. Oktober: Tag der Deutschen Einheit, online im Internet: <<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/145440/3-oktober-tag-der-deutschen-einheit-02-10-2012>>, 02. 10. 2012, [zugegriffen am 22. 07. 2018].
- Bundeszentral für Politische Bildung (Hrsg.): Als die Mauer fiel – der 9. November 1989, online im Internet: <<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/194561/25-jahre-mauerfall-06-11-2014>>, 06. 11. 2014, [zugegriffen am 22. 07. 2018].
- Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Der Aufstand, online im Internet <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/der-aufstand-des-17-juni-1953/152593/der-aufstand>>, [zugegriffen am 22. 07. 2018].

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Kalter Krieg von 1945 bis 1989, online im Internet: <<http://www.bpb.de/izpb/181036/kalter-krieg-von-1945-bis-1989>>, 20. 03. 2014, [zugegriffen am 25. 07. 2018].

Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.): Politischer Systemwechsel, online im Internet: <<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47082/politischer-systemwechsel>>, 30. 03. 2010, [zugegriffen am 22. 07. 2018].